

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Kiel, den 5. Dezember 1957

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Freitag, den 13. Dezember 1957, 15 Uhr,
Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. November 1957
- 2) Mitteilungen a) des Stadtpräsidenten
b) des Magistrats
- 3) Theaterhaushalt 1958 - Drs. 632 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- Material ist bereits übersandt worden -
- 4) Schulbauprogramm (Volks-, Hilfs- und Mittelschulen) - Drs. 620 -
für das Rechnungsjahr 1958
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 5) Wiederaufbau der Hebbelschule, 2. Bauabschnitt - Drs. 635 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 6) Namensgebung für die Mittelschule Elmschenhagen - Drs. 636 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 7) Versorgungsheim Gettorf - Drs. 621 -
Stadtrat Engert
- 8) Bau eines Regenwasservorflutkanals zur Kopperpähler Au - Drs. 637 -
Stadtbaurat Prof. Jensen
- 9) Wahlzeit der Mitglieder von Beiräten usw. - Drs. 638 -
Oberbürgermeister
- 10) Beirat für Schlachthofbetriebe - Drs. 639 -
Stadtrat Langbehn

- 11) Bestellung von Prüfern für das Rechnungsprüfungs-
amt
Stadtrat Borchert - Drs. 629 -
- 12) Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Musterungs-
ausschuß beim Kreiswehrrersatzamt Kiel - Drs. 630 -
Stadtrat Borchert
- 13) Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Prüfungs-
ausschuß für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehr-
ersatzamt Kiel - Drs. 631 -
Stadtrat Borchert
- 14) Umbesetzung des Wirtschaftsausschusses - Drs. 610 -
Stadtpräsident Dr. Sievers
- 15) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Kieler Woche 1958
Oberbürgermeister
- Das vom Oberbürgermeister in der gemeinsamen Sitzung des Magistrats und des Kieler Woche-Ausschusses gehaltene Grundsatzreferat ist den Mitgliedern der Ratsversammlung im Wortlaut zugegangen. -
- 2) Austausch Teilfläche Ringstraße 33 gegen Teilfläche Königsweg 26
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 640 -
- 3) Ankauf Sophienblatt 25 - Nachbewilligung von Grunderwerbmitteln -
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 641 -
- 4) Verschiedenes

Dr. Sievers

Kiel, den 5. Dezember 1957

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Freitag, den 13. Dezember 1957, 15 Uhr,
Rathaus, Ratssaal

1+2
ab 5. 12. 17, 13³⁰
V.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. November 1957
- 2) Mitteilungen a) des Stadtpräsidenten
b) des Magistrats
- 3) Theaterhaushalt 1958 - Drs. 632 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- Material ist bereits übersandt worden -
- 4) Schulbauprogramm (Volks-, Hilfs- und Mittelschulen) - Drs. 620 -
für das Rechnungsjahr 1958
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 5) Wiederaufbau der Hebbelschule, 2. Bauabschnitt - Drs. 635 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 6) Namensgebung für die Mittelschule Elmschenhagen - Drs. 636 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 7) Versorgungsheim Gettorf - Drs. 621 -
Stadtrat Engert
- 8) Bau eines Regenwasservorflutkanals zur Kopperpähler Au - Drs. 637 -
Stadtbaurat Prof. Jensen
- 9) Wahlzeit der Mitglieder von Beiräten usw. - Drs. 638 -
Oberbürgermeister
- 10) Beirat für Schlachthofbetriebe - Drs. 639 -
Stadtrat Langbehn

- 11) Bestellung von Prüfern für das Rechnungsprüfungsamt
Stadtrat Borchert - Drs. 629 -
- 12) Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Musterungsausschuß beim Kreiswehrrersatzamt Kiel
Stadtrat Borchert - Drs. 630 -
- 13) Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Kiel
Stadtrat Borchert - Drs. 631 -
- 14) Umbesetzung des Wirtschaftsausschusses
Stadtpräsident Dr. Sievers - Drs. 610 -
- 15) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Kieler Woche 1958
Oberbürgermeister
- Das vom Oberbürgermeister in der gemeinsamen Sitzung des Magistrats und des Kieler Woche-Ausschusses gehaltene Grundsatzreferat ist den Mitgliedern der Ratsversammlung im Wortlaut zugegangen. -
- 2) Austausch Teilfläche Ringstraße 33 gegen Teilfläche Königsweg 26
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 640 -
- 3) Ankauf Sophienblatt 25 - Nachbewilligung von Grunderwerbsmitteln -
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 641 -
- 4) Verschiedenes

2) An

- a) die Kieler Nachrichten
- b) die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung

Ratsversammlung. Sitzung Freitag, den 13.12.1957, 15 Uhr, Rathaus, Ratsaal. Tagesordnung: Öffentliche Sitzung: 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21.11.1957. 2. Mitteilungen. 3. Theaterhaushalt 1958. 4. Schulbauvorhaben in Pries-Friedrichsort, Anbau der Fritz-Reuter-Schule. 5. Wiederaufbau der Hebbelschule, 2. Bauabschnitt. 6. Namensgebung für die Mittelschule Elmschenhagen. 7. Versorgungsheim Gettorf. 8. Bau eines Regenwasservorflutkanals zur Kopperpähler Au. 9. Zeit der Mitglieder von Beiräten usw. 10. Beirat für Schlachthofbetriebe. 11. Bestellung von Prüfern für das Rechnungsprüfungsamt. 12. Wahl der ehrenlichen Beisitzer für den Musterungsausschuß beim Kreiswehersatzamt Kiel. 13. Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehersatzamt Kiel. 14. Umbesetzung des Wahrschaftsausschusses. 15. Verschiedenes. Nichtöffentliche Sitzung: 1. Kieler Woche 1958. 2. - 3. Grundstücksangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
- Der Stadtpräsident -

3) Eine Tagesordnung ist im Rathaus auszuhängen.

*3
ASL*

4) ZdA.

gez. Dr. Sievers
(Dr. Sievers)

*Beglaubigt
Brandt*

*K
172
W*

Geschäftliche Mitteilung für den Magistrat und die Ratsversammlung

Betrifft: Beihilfe für den Hilfsverein für die Opfer des Nationalsozialismus im Ausland e. V.

Auf Grund des Beschlusses der Ratsversammlung vom 28./29. März 1957 ist dem Hilfsverein für die Opfer des Nationalsozialismus im Ausland e. V. eine Beihilfe von 2.000,- DM überwiesen worden. Von dem Bevollmächtigten des Vereins, Herrn Dr. Peter Adler, ist dem Berichterstatter ein Dankschreiben zugegangen, in dem es u. a. heißt:

"Das erste Heim für bedürftige deutsche Emigranten in Frankreich ist nunmehr am 5. Mai eingeweiht worden; während der Feier wurde auch der Grundstein zu einem zweiten Gebäude gelegt, dessen Errichtung dank der Hilfe so vieler verständnisvoller Persönlichkeiten und Institutionen finanziell gesichert ist.

Indem ich Ihnen und der Stadt Kiel im Namen des Hilfsvereins für die große Hilfe meinen sehr herzlichen Dank ausspreche, erlaube ich mir, Ihnen einen mir zugekommenen Pressebericht beizulegen."

Anlage: Abschrift des Presseberichtes.

E n g e r t

Im Juli 1954 hatten einige deutsche Persönlichkeiten den Plan gefaßt, für alte Emigranten aus Deutschland, die in Paris leben, ein Altersheim zu schaffen, denn sie hatten gesehen, unter welch schweren Umständen viele dieser alten Mitbürger, die in die Fremde hinausgestoßen worden waren, ihr Leben fristen mußten. Sie waren der Meinung, daß über die gesetzliche Wiedergutmachung hinaus die unmittelbare Hilfe von Mensch zu Mensch gerade diesen "Vergessenen" gegenüber wirken müsse.

Man begann in Deutschland Geld zu sammeln, jedoch flossen die Spenden zunächst noch sehr langsam, bis dann über den Süddeutschen Rundfunk ein Fernsehfilm breiten Kreisen der Bevölkerung im Bild zeigte, wie Menschen leben mußten, die zu uns gehören und die aus unserem Lande verjagt worden sind - hilflos und vergessen.

Von nun an kamen große und kleine Beträge aus der Bevölkerung; Wirtschaft und Industrie erwiesen ihre Hilfsbereitschaft und zeichneten große und größte Beträge. Der Bundestag bewilligte eine Million für den Bau des geplanten Wohn- und Altersheimes. Länder und Städte sagten erhebliche Beträge zu. Noch ist die erforderliche Summe nicht ganz zusammengetragen, aber es besteht begründete Hoffnung, daß sie bald zusammenkommen wird, zumal seitens der französischen Regierung Baudarlehen in beträchtlicher Höhe gegeben worden sind.

Mit den vorhandenen Mitteln wurde ein wunderschönes Parkgrundstück in Limours, 30 km von Paris entfernt, gekauft. In diesem Besitz, der zuletzt als Hotel gedient hatte, sind bisher 40 unserer Mitbürger, alle in hohem Alter, erlöst aus elendesten Lebensumständen, untergebracht worden.

Am Sonntag, den 5. Mai 1957 waren die Bewohner des Hauses, die nun nicht mehr Vergessenen, Ehrengäste bei der Grundsteinlegung zum Erweiterungsbau, einem modernen Wohnhaus, das sich harmonisch in den Park einfügen wird. Hier werden rund weitere hundert alte Frauen und Männer aus Deutschland Aufnahme finden, denen man nicht zumuten kann, in das Land zurückzukehren, in dem ihre Kinder, ihre Eltern, ihre Geschwister vergast worden sind.

Zu dieser Feier hatten sich die Mitglieder der Solidarité versammelt, deren Verwaltungsrat auch der deutsche Botschafter in Paris angehört. Die Solidarité ist 1934 als Hilfsorganisation zur Unterbringung insbesondere der jüdischen Emigranten aus Deutschland, die in Frankreich Asyl gefunden hatten, gegründet worden. Nunmehr wird die Verwaltung des Altersheimes und die Betreuung seiner Bewohner mit eine ihrer Hauptaufgaben sein. Aus Deutschland waren Mitglieder der "Hilfsgemeinschaft für die Opfer des Nationalsozialismus im Ausland" gekommen, der die Gelder aufgebracht und die Initiative des Bundestages sowie der Länder und der Städte ausgelöst hatte. Die französische Regierung hat sich vertreten lassen, der Deutsche Botschafter war anwesend, der Süddeutsche Rundfunk hatte seine Botschafter des guten Willens entsandt.

Bei der Grundsteinlegung wurden die Worte aus dem "Tagebuch der Anne Frank", des hingemordeten Mädchens verlesen, in denen sie vom Glück der Geborgenheit im Frieden der eigenen Behausung spricht und von ihrem Glauben an das Gute im Menschen auch in der Zeit der Verfolgung.

Auch die Pariser sprachen von der Versöhnung, in der auch dieses Schicksal seinen Ort im Guten finden werde. Aus den Worten der deutschen Gäste spürte man, wie schwer uns die Schuld drückt, die auf uns allen lastet.

Es war für alle Teilnehmer beglückend zu erleben, was in diesem schönen Haus mit seinen freundlichen Zimmern, mit Bädern und Kochgelegenheiten für jeden, aus den Menschen geworden war, die noch vor wenigen Wochen auf den Strohschütten des Elends verkamen. Man hat nur selten im Leben die Freude, so glückliche Gesichter zu sehen, wie die der alten Leute in Limours.

Vielleicht hatte der Rabbiner, der den Segen über das Haus sprach, recht, als er sagte, daß in dieser kleinen Stadt der Ile de France ein Werk echter Brüderlichkeit geschaffen worden sei. Vielleicht ist wahr, was einer, der aus Deutschland kam, in seiner Ansprache meinte: daß es nichts Notwendigeres und Gültigeres gäbe, als den Brüdern ein Haus zu bauen.

S t a d t K i e l
Der Magistrat
Hauptamt

Kiel, den 28. November 1957

ab 29. 11. 57
V.

An
die Damen und Herren Mitglieder der Ratsversammlung und des Magistrats
- soweit sie nicht dem Theaterrausschuß angehören -

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Magistrat wird am 4. Dezember 1957 und die Ratsversammlung am
13. Dezember 1957 den Theaterhaushalt beraten. Als Material für die Be-
ratungen in den Fraktionen wird der Theaterhaushalt den Damen und Herren
Mitgliedern der Ratsversammlung und des Magistrats schon jetzt übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature and date: 27. 11. 57

S t a d t K i e l
Der Magistrat
Hauptamt

Kiel, den 28. November 1957

An
die Damen und Herren Mitglieder der Ratsversammlung
- soweit sie nicht dem Magistrat und dem Theaterausschuß angehören -

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Magistrat wird am 4. Dezember 1957 und die Ratsversammlung am
13. Dezember 1957 den Theaterhaushalt beraten. Als Material für die Be-
ratungen in den Fraktionen wird der Theaterhaushalt den Damen und Herren
Mitgliedern der Ratsversammlung schon jetzt übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. M ü t h l i n g

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Der Magistrat
Theaterausschuß
Theateramt

Kiel, den 5. Dezember 1957

Drucksache 632

Betrifft: Theaterhaushalt 1958

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Der vorgelegte Haushaltsplan für die Bühnen der Landeshauptstadt Kiel - Theater, Orchester und Förderung der Musikpflege - (Haushaltsabschnitt 33) für das Rechnungsjahr 1958 mit einem städtischen Gesamtzuschuß einschl. Zinsen- und Schuldendienst von 2.037.717,-- DM wird genehmigt.

B e g r ü n d u n g

Auf den Vorbericht und die Begründungen - siehe Anlage zum Haushaltsplanentwurf - wird Bezug genommen.

Der Theaterhaushalt muß mit Rücksicht auf die schon jetzt durchzuführenden Engagementsverhandlungen vor der allgemeinen Haushaltsberatung verabschiedet werden.

Der Theaterausschuß hat sich in drei sehr eingehenden Beratungen mit dem Theaterhaushalt 1958 befaßt und in seiner Sitzung vom 3. Dezember 1957 dem Entwurf trotz größter Bedenken hinsichtlich der Höhe des Landeszuschusses einstimmig zugestimmt.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember 1957 ebenfalls dem Entwurf zugestimmt.

Dr. H o f f m a n n
Theaterdezernent

Kiel, den 21.11.1957

Drucksache 620

Betr.: Schulbauprogramm (Volks-, Hilfs- und Mittelschulen) für das Rechnungsjahr 1958

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Das im Schulbauprogramm 1958 vorgesehene Schulbauvorhaben in Fries-Friedrichsort wird als Anbau an der Fritz-Reuter-Schule durchgeführt.

B e g r ü n d u n g

Die Ratsversammlung hat am 17.10.1957 das Schulbauprogramm (Volks-, Hilfs- und Mittelschulen) für das Rechnungsjahr 1958 beschlossen. Offen war die Frage geblieben, wie im Gebiet Fries-Friedrichsort der zu erwartenden Schulraumnot zu begegnen sei.

Zur Zeit zählen die beiden Volksschulen in Fries-Friedrichsort

1) Heinrich-von-Stephan-Schule

836 Schüler
22 Unterrichtsklassen
14 Klassenräume
5 Fachräume
Turnhalle
Küche

2) Fritz-Reuter-Schule

580 Schüler
15 Unterrichtsklassen
10 Klassenräume
3 Fachräume

Von den 10 Klassenräumen befinden sich 4 im Schulgebäude Dorf Fries.

Nach den angestellten Erhebungen, die vom Stadtplanungsamt bestätigt wurden, werden in Fries-Friedrichsort in den nächsten Jahren folgende Wohnungsbauvorhaben durchgeführt

	1958	1959/60	1960/61
Neue Heimat	600 WE		60 WE
Wohnungsbau-gesellschaft St. Georg	120 WE	120 WE	
Kieler Wohnungsbau-gesellschaft mbH	90 WE		
		990 WE	
		=====	

Weitere 240 - 290 Wohnungseinheiten werden voraussichtlich noch in den nächsten Jahren erstellt.

Nach Auffassung des Schulamtes erfordert der zu erwartende Schülerzugang den Bau folgender Räume:

- 6 Stammklassen
- 1 Lehrküche mit Braum
- 1 Rektorzimmer
- 1 Lehrerzimmer
- 1 Lehrerbücherei
- 1 Elternsprechzimmer

Die Frage war nun, ob diese Räume als 1. Bauabschnitt eines Neubaus oder als Anbau bei der Fritz-Reuter-Schule zu erstellen seien. Das Schulamt hat bereits im Juli 1956 den Ankauf des für einen Schulbau vorgesehenen Geländes in der verlängerten Ottomar-Banking-Straße beantragt. Vorgesehen war hier der Bau einer Volks- und Mittelschule. Der östliche Teil dieses Geländes ist Eigentum der Bundesvermögensverwaltung. Der westliche Teil ist Privateigentum. Da die Privateigentümer nicht verkaufen wollen, müssen nach Mitteilung des Liegenschaftsamt Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, die mindestens 1 Jahr in Anspruch nehmen. Dem gegenüber könnte ein Anbau an der Fritz-Reuter-Schule sofort durchgeführt werden. Im Schulgebäude der Fritz-Reuter-Schule befinden sich

- 6 Klassenräume
- 1 Nadelarbeitsraum
- 1 Werkraum
- 1 naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum mit den dazugehörigen Vorbereitungsräumen.

Die Fachräume wurden zu Beginn dieses Jahres durch den Ausbau von bisherigen Lehrerwohnungen neu geschaffen. Der Anbau von 6 Klassenräumen und der Lehrküche bedingt die Erweiterung der Verwaltungsräume, die jedoch auch auf dem Neubaugelände erstellt werden müssten. Die Fritz-Reuter-Schule wird mit diesem Anbau zu einer vollwertigen Schule. Das Neubaugelände soll nunmehr den Ersatzbau des Kasernengebäudes der Heinrich-von-Stephan-Schule und den Neubau der unzureichend untergebrachten Mittelschule vorbehalten bleiben.

Der Schulausschuß hat der Vorlage in seiner Sitzung am 14.11.1957 mit 5 gegen 4 ^{hat} Stimmen zugestimmt.

Der Magistrat am 4.12.1957 einstimmig zugestimmt.

Dr. Hoffmann

Schul- und Kulturamt

Kiel, den 29.11.1957

Drucksache 635

Betr.: Wiederaufbau der Hebbelschule, II. Bauabschnitt - Nachforderung -

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 82.000,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 231/1232 - Wiederaufbau der Hebbelschule, II. Bauabschnitt, 2. Rate - Baukosten, bereitgestellt.

Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - 1957 -	28.700,-- DM
Kommunaldarlehen	<u>53.300,-- DM</u>
	82.000,-- DM
	=====

B e g r ü n d u n g

Die Landesregierung - Kultusministerium - hat mit Erlaß vom 28.11.1957 die Gesamtbaukosten für den II. Bauabschnitt der Hebbelschule auf 1.154.000,-- DM festgesetzt und damit einen höheren cbm-Preis anerkannt. Hinzu kommen Gründungskosten in Höhe von 128.000,-- DM und die Kosten für eine Orgel mit 15.000,-- DM, so daß insgesamt 1.297.000,-- DM beizustellen sind.

Der Kostenanschlag in Höhe von 1.320.258,72 DM ist vom Magistrat in seiner Sitzung am 17.7.1957 mit der Maßgabe genehmigt worden, daß nicht mehr als 1.215.000,-- DM in Anspruch genommen werden.

Mittel in dieser Höhe sind auch bisher bereitgestellt worden und zwar

900.000,-- DM	im Rechnungsjahr 1956
315.000,-- DM	im Rechnungsjahr 1957.

Danach werden noch die Mittel für die vom Land bewilligte Nachforderung in Höhe von 82.000,-- DM benötigt, die dem Globalansatz von 8 Mio. DM zu entnehmen sind.

Der Schulausschuß wird in seiner Sitzung am 6.12.1957 die Vorlage beraten.

Dr. Hoffmann

Schul-ausschuß
Schul- und Kulturamt

Kiel, den 2. Dezember 1957

Drucksache 636

Betr.: Namensgebung für die Mittelschule Elmschenhagen

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Auf Vorschlag des Lehrerkollegiums und der Leitung der Hermann-Löns-Mittelschule erhält die Schule den Namen Freiherr-vom-Stein-Schule - Mittelschule in Kiel-Elmschenhagen

Begründung

Das Kollegium der Hermann-Löns-Mittelschule hat in seiner Konferenz am 13.11.1957 anlässlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages des Freiherrn vom Stein beschlossen, der am 25.11.1957 neu bezogenen Mittelschule in Elmschenhagen den Namen Freiherr-vom-Stein-Mittelschule Elmschenhagen zu geben. Der Schulausschuß hat in seiner Sitzung vom 14.11.1957 diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Dr. Hoffmann

Drucksache 621

Betr.: Versorgungsheim Gettorf

Berichterstatter: Stadtrat E n g e r t

Antrag: Die Stadt Kiel tritt dem neu zu gründenden Zweckverband "Versorgungsheim Gettorf" bei.

Anlage: Satzung des Zweckverbandes

Begründung:

Im Zuge der Eingemeindung von Holtenau und Pries im Jahre 1922 trat die Stadt Kiel am 31.5.1923 als Rechtsnachfolger der beiden Gemeinden in deren Rechte an der damaligen "Armen-Arbeits-Anstalt Versorgungsheim Gettorf" ein. Rechtsgrundlage der Einrichtung ist das Regulativ vom 14.12.1883. Es enthält Bestimmungen, die veraltet sind und heute nicht mehr angewendet werden können. Auch ist es zweifelhaft, ob unter den inzwischen völlig anderen Verfassungsvorschriften der Gemeinden das Regulativ überhaupt noch in Kraft ist. Um klare rechtliche Verhältnisse zu schaffen, hat die Kommunalaufsicht des Kreises Eckernförde vorgeschlagen, auf der Grundlage des Zweckverbandsgesetzes vom 7.6.1939 einen Zweckverband zu gründen.

Der jetzt vom Verwaltungsrat vorgelegte Satzungsentwurf wird den von der Stadt Kiel in den Vorverhandlungen vorgetragenen Wünschen fast vollauf gerecht. Besonders das in § 7 Abs. 2 und 3 festgelegte qualifizierte Stimmrecht schützt die drei Gemeinden, die zusammen etwa 70 % der Insassen stellen und zu denen auch die Stadt Kiel gehört, davor, von den übrigen 10 Gemeinden überstimmt zu werden. Das wird z.B. dann Bedeutung haben, wenn über die zweifellos in den nächsten Jahren notwendig werdenden Instandsetzungsarbeiten und über deren Finanzierung zu beschliessen sein wird.

Weiter entschloss sich der Verwaltungsrat auf die Vorstellungen der Stadt Kiel, der Berechnung des Umlagenschlüssels nicht wie ursprünglich vorgesehen einen Zeitraum von 10, sondern nur von 8 Jahren zugrunde zu legen. Damit wird die Umlagenverpflichtung stärker der gegenwärtigen Inanspruchnahme genähert, als es bisher der Fall war.

Infolge des immer noch grossen Mangels an Altersheimplätzen kann die Stadt Kiel nicht auf die ihr bisher in Gettorf zur Verfügung stehenden Plätze verzichten. Ein Beitritt zum neuen Zweckverband erscheint schon aus diesem Grunde unumgänglich.

Wegen des schlechten baulichen Zustandes des Heimes wird die Mitgliedschaft sicher in den nächsten Jahren mit besonderen Aufwendungen verbunden sein, da die zu erwartenden grösseren Ausgaben

nicht

nicht allein durch den Pflegesatz gedeckt werden können. Auf der anderen Seite haben aber die Mitglieder und hat besonders die Stadt Kiel jahrelang Vorteile aus dem aussergewöhnlich niedrigen Pflegesatz in Gettorf gezogen. Der Pflegesatz betrug 1956 2,60 DM, zur Zeit beträgt er 3,20 DM. Er liegt also auch jetzt noch ganz erheblich unter dem Normalsatz für entsprechende andere Heime.

Der Magistrat hat sich mit der Vorlage in seiner Sitzung am 27.11.1957 befasst. Er wird am 11.12.1957 erneut darüber beraten.

E n g e r t
Stadtrat

S a t z u n g

für den Zweckverband "Versorgungsheim Gettorf"

§ 1

Die Gemeinden

- | | | |
|-----------------------------------|---|--------------------|
| 1. Gettorf |) | |
| 2. Lindau |) | Amt Gettorf |
| 3. Neuwittenbek |) | |
| 4. Schinkel |) | Amt Neuwittenbek |
| 5. Tüttendorf |) | |
| 6. Altenholz |) | |
| 7. Dänischenhagen |) | |
| 8. Schilksee |) | Amt Dänischenhagen |
| 9. Strande |) | |
| 10. F e l m | - | Amt Osdorf |
| 11. Güby-Esprehm | - | Amt Fleckeby |
| 12. Fürsorgezweckverband Bünsdorf | - | Amt Borgstedt |
| und 13. die Stadt Kiel | - | Fürsorgeamt - |
- bilden auf Grund des § 1 des Zweckverbandsgesetzes vom 7.6.1939
(RGBl. I S. 979) einen Zweckverband.

§ 2

Der Zweckverband führt den Namen "Versorgungsheim Gettorf".
Er hat seinen Sitz in Gettorf.

§ 3

Die Aufgabe des Zweckverbandes besteht in der Aufnahme der altersheim-
pflegebedürftigen Personen des Zweckverbandsbezirkes im Versorgungs-
heim Gettorf.

§ 4

Der Verband ist in Bezug auf alle Rechte, Pflichten und das vorhandene
Vermögen Rechtsnachfolger des bisherigen Zweckverbandes "Armen-Ar-
beits-anstalt".

§ 5

Organe des Verbandes sind:

1. der Verbandsausschuss
2. der Verbandsvorsteher.

§ 6

- (1) Der Verbandsausschuss besteht aus dem jeweiligen Bürgermeister im Behinderungsfall seinem gesetzlichen Vertreter jeder zugehörigen Gemeinde und einem Vertreter der Stadt Kiel.
- (2) Der Verbandsausschuss kann zur Vorbereitung besonderer Vorhaben aus seiner Mitte Ausschüsse wählen.

§ 7

- (1) Der Verbandsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten ist. Er beschliesst über alle für den Verband wichtigen Angelegenheiten. Er kann bestimmte in der Geschäftsordnung näher zu bezeichnende Aufgaben dem Verbandsvorsteher zur selbständigen Erledigung zuweisen. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Verbandsausschuss nicht übertragen:
 1. Den Erlass der Haushaltssatzung mit der Beschlussfassung über den Haushaltsplan;
 2. Die Aufnahme von Darlehen, die Übernahme von Bürgschaften und die Bestellung von anderen Sicherheiten für Dritte sowie den Abschluss von solchen Rechtsgeschäften, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen;
 3. Die Festsetzung von Verbandsumlagen,
 4. Festsetzung der Unterkunft- und Verpflegungssätze;
 5. Die Beratung der Jahresrechnung und die Beschlussfassung über die Entlastung;
 6. Den Erwerb und die Veräusserung von Grundstücken und Verbandsanlagen sowie über bauliche Massnahmen;
 7. Verpflichtungserklärungen, die einen Wert von 500,-- DM übersteigen;
 8. Erledigung von Einsprüchen und Beschwerden;
 9. Erlass von Verwaltungsgrundlagen (Geschäftsanweisung, Dienstordnung usw.);
 10. Änderung der Satzung;
 11. Die Aufnahme und das Ausscheiden von Mitgliedern,
 12. Auflösung des Zweckverbandes und Abwicklung der Vermögenswerte.
- (2) Jedes Mitglied hat im Verbandsausschuss mindestens eine Stimme. Für jeden Vorphundertatz des Umlagenschlüssels gemäss § 11 Abs. 1 der Satzung tritt eine weitere Stimme hinzu.

Stimme
11 Abs.

- (3) Der Verbandsausschuss beschliesst mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. In den Fällen von Abs. 1 Ziffern 10, 11 und 12 ist eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der abgegebenen Stimmen erforderlich.

§ 8

Der Verbandsvorsteher beruft den Verbandsausschuss so oft es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Vierteljahr ein. Die Mitglieder sollen dazu spätestens eine Woche vorher unter Angabe der Tagesordnungspunkte eingeladen werden.

§ 9

- (1) Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden vom Verbandsausschuss aus seinen Reihen für die Dauer der Wahlzeit der Gemeindevertretungen gewählt.
- (2) Der Verbandsvorsteher führt den Vorsitz im Verbandsausschuss. Er leitet die laufende Verwaltung des Verbandes nach den Beschlüssen des Verbandsausschusses und ist gesetzlicher Vertreter des Verbandes. Urkunden und Rechtsgeschäfte, die den Verband Dritten gegenüber verpflichten, bedürfen neben seiner der Unterschrift eines zweiten Ausschussmitgliedes.

§ 10

Die Tätigkeit des Verbandsvorstehers und der Verbandsausschussmitglieder ist ehrenamtlich. Für die im Zusammenhang mit dieser ehrenamtlichen Tätigkeit entstehenden Auslagen kann eine Entschädigung nach den vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein herausgegebenen Richtlinien gezahlt werden.

§ 11

- (1) Soweit die eigenen Einnahmen des Zweckverbandes zur Bestreitung der Verbandsausgaben nicht ausreichen, ist von den beteiligten Gemeinden eine Umlage zu erheben.
- (2) Der Umlagenschlüssel wird nach der Belegung der letzten 8 Rechnungsjahre bei der Beratung der jeweiligen Haushaltsatzung festgesetzt. Die Mindestumlage beträgt 2 % für jedes Mitglied.

§ 12

Scheidet ein Mitglied auf eigenen Antrag aus, so verliert es jegliche vermögensrechtlichen Ansprüche gegen den Verband.

§ 13

Die Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen ortsüblich durch öffentlichen Aushang in den Mitgliedsgemeinden.

§ 14

Der Verband kann nur mit Zustimmung aller Verbandsmitglieder aufgelöst werden. Die Auflösung darf erst nach Abwicklung aller Verbindlichkeiten des Verbandes erfolgen. Ein bei der Abwicklung verbleibendes Reinvermögen wird auf die Verbandsmitglieder nach

Massgabe eines vom Verbandsausschuss festzulegenden
Schlüssels verteilt.

§ 15

Diese Satzung tritt nach der Feststellung durch die Aufsichts-
behörde an die Stelle des Regulativs vom 14. Dezember 1883.

Gettorf, den 20. September 1956

Zu Punkt 8 der Tagesordnung

Tiefbauamt

Kiel, den 30. November 1957

Drucksache 637

Betrifft: Bau eines Regenwasservorflutkanals zur Kopperpahler Au

Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen

Antrag: Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle V 7021/1621 "Regenwasservorflutkanal zur Kopperpahler Au für das Baugebiet der Elac" werden außerplanmäßig 45.000 DM bereitgestellt. Die außerplanmäßige Ausgabe ist in den Nachtragshaushaltsplan für 1957 einzubeziehen. Mit den Arbeiten kann bereits vor Verabschiedung des Nachtragshaushalts begonnen werden.

B e g r ü n d u n g

Die Elac beabsichtigt, auf ihrem Kaufgrundstück am Mühlenweg im März 1958 mit dem Bau ihrer Hochbauten zu beginnen. Bis zu diesem Zeitpunkt muß die Abführung des Oberflächen- und Grundwassers gewährleistet sein. Dazu ist neben der Grundstücksentwässerung, die durch die Elac erstellt wird, die Fertigstellung des Regenwasserkanals vom Mühlenweg zur Kopperpahler Au durch die Stadt Kiel aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung erforderlich. Um diesen Termin einhalten zu können, muß baldmöglichst mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Der Bauausschuß wird in seiner Sitzung am 5. Dezember 1957 über die Vorlage beraten.

J e n s e n
Stadtbaurat

Drucksache 638

Betrifft: Wahlzeit der Mitglieder von Beiräten usw.

Berichterstatter: Oberbürgermeister

- Antrag:
- I. Die Wahlzeit der folgenden Mitglieder von Beiräten usw. ist die Wahlzeit der Ratsversammlung:
 1. der Schlichter der Vertriebenen-Schlichtungsstelle,
 2. die Mitglieder des Beirates für das Jugendaufbauwerk, welche die Ratsversammlung wählt;
 3. die Mitglieder des Beirates für Stadtgestaltung, abgesehen vom Stadtbaurat;
 4. der Vorsitzende und die Beisitzer der Spruchstelle für Wohnungssachen;
 5. die Mitglieder des Beirates bei der Kreislandwirtschaftsbehörde, welche die Ratsversammlung wähltund ihre Stellvertreter.
 - II. Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel sind bei nächster Gelegenheit entsprechend zu ändern.
 - III. Der Beschluß bezieht sich auch auf die gegenwärtigen Stelleninhaber.

Begründung

- I. Die Gesetze, Erlasse und Beschlüsse über kommunale Einrichtungen, deren Mitglieder von den kommunalen Vertretungskörperschaften zu wählen sind, schweigen nicht selten über die Frage, für welche Zeit die Vertretungskörperschaften diese Mitglieder zu wählen haben oder wählen können. Diese Lücke kann und sollte durch die Vertretungen selbst geschlossen werden.

Es entspricht der parlamentarischen Demokratie, daß ehrenamtlich tätige Bürger, welche die Vertretungskörperschaft wählt, grundsätzlich mit ihrer Wahlzeit verbunden sind. Deshalb haben Gesetze und Beschlüsse der jüngsten Zeit auch die Wahlzeit der Mitglieder derartiger Einrichtungen mit der Wahlzeit der Gemeindevertretungen in Übereinstimmung gebracht, so z.B. § 42 Absatz 4 des Schulunterhaltungs- und Schulverwaltungsgesetzes vom 28. März 1957 (GVOBl. Schl.-H. S. 47) die Wahlzeit der allgemein neu zu bildenden Schulpflegschaften und der Beschluß der Ratsversammlung vom 27. Mai 1957 die Wahlzeit der Mitglieder des von der Stadt eingerichteten Beirats für Verkehrsangelegenheiten. So verfährt auch diese Vorlage. Soweit die genannten Einrichtungen

in Weisungsangelegenheiten tätig werden, wird diese Absicht von dem zuständigen Fachminister gebilligt.

Dabei ist zu beachten, daß berufsständische Gesichtspunkte in dem erforderlichen Maße bereits in den Vorschlagsrechten, welche die Gesetze usw. bestimmten Organisationen verleihen, berücksichtigt werden.

- II. Eine Begrenzung der Wahlzeit hat zugleich den Vorteil, daß vorzeitige Abberufungen, wenn auch sie rechtlich zulässig sind, dann meist vermieden werden können. Wenn auch im Laufe der Wahlperiode sich das Bedürfnis nach einer anderen Besetzung der Stelle ergibt - hierzu waren in den letzten Jahren einige Male Anlaß - wird doch oft der Ablauf der dann umgrenzten Wahlzeit abgewartet werden können. Unliebsame verwaltungsmäßige oder verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzungen können dann vermieden werden. Auch deshalb ist es zweckmäßig, den Beschluß auch auf die jetzigen Stelleninhaber zu beziehen, da sonst - abgesehen vom Ausscheiden durch Tod oder durch eigenen Verzicht - Raum für eine Neuwahl durch die Ratsversammlung nur im Wege der Abberufung gegeben wäre. Der allgemeine Beschluß richtet sich aber selbstverständlich nicht gegen einen oder alle gegenwärtigen Stelleninhaber und ist auch durch keinen Einzelfall, sondern durch allgemeine Überlegungen veranlaßt.
- III. Der Beschluß bezieht sich jedoch nicht auf die Mitglieder der angeführten Einrichtungen, die hier nicht genannt sind, weil sie der Einrichtung kraft vorgesehener "Entsendung" durch eine andere Stelle angehören, so z.B. beim Beirat für das Jugendaufbauwerk der Vertreter des Arbeitsamtes. Diese Mitglieder sind, auch hinsichtlich ihrer Wahlzeit, der Disposition der Ratsversammlung entzogen. Sie unterliegen, z.B. als Beamte, die jederzeit abberufen werden können, insoweit den Regeln der sie entsendenden Stellen.
- IV. Die Wahl der im Antrag genannten Mitglieder beruht auf folgenden Bestimmungen:
- Zu 1: § 10 Abs. 1 des Gesetzes zur Ergänzung bundesrechtlicher Bestimmungen über die Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten vom 28. April 1954 (GVOBl. Schl.-H. S. 77),
- zu 2: Abs. 23 Satz 1 des Ersten Erlasses zur Durchführung des Gesetzes über das Jugendaufbauwerk vom 25. Juli 1950 (Amtsbl. Schl.-H. S. 348),
- zu 3: §§ 13 Nr. 4, 33 der Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel vom 20. April 1950,
- zu 4: §§ 8, 9 des schleswig-holsteinischen Durchführungsgesetzes zum Wohnraumbewirtschaftungsgesetz vom 16. Febr. 1954 (GVOBl. Schl.-H. S. 31),
- zu 5: § 4 Abs. 1 b des Gesetzes über die landwirtschaftliche Verwaltung in Schleswig-Holstein vom 30. Mai 1950 (GVOBl. Schl.-H. S. 213).
- V. Für den Beirat für Schlachthofbetriebe wird eine in Ergänzung der Richtlinien für die Selbstverwaltung besondere Vorlage unterbreitet.

Wirtschaftsausschuss
Schlachthofverwaltung

Kiel, den 5. Dezember 1957

Drucksache 639

Betr: Beirat für Schlachthofbetriebe

Berichterstatter: Stadtrat Langbehn

Antrag: Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel vom 20. April 1950 erhalten folgenden neuen § 39 a:
Siehe Anlage.

B e g r ü n d u n g

Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel enthalten bisher keine Vorschriften über einen Beirat für die Schlachthofbetriebe. Der Beirat für die Schlachthofbetriebe ist eine städtische Einrichtung; die Vorschriften über den Beirat für die Schlachthofbetriebe sind daher nachträglich in die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel aufzunehmen.

Es ist beabsichtigt, die Verhältnisse des Beirats für die Schlachthofbetriebe so zu regeln, wie die ähnlicher städtischer Einrichtungen. Insbesondere wird (Abs. 2 Satz 2) auch die Wahlzeit seiner Mitglieder, abgesehen von dem kraft Amtes eingesetzten Vorsitzenden, mit der Wahlzeit der Ratsversammlung gleichgestellt.

Der Wirtschaftsausschuss hat der Vorlage in seiner Sitzung vom 5.11.57 einstimmig zugestimmt.

Langbehn
Stadtrat

in Weisungsangelegenheiten tätig werden, wird diese Absicht von dem zuständigen Fachminister gebilligt.

Dabei ist zu beachten, daß berufsständische Gesichtspunkte in dem erforderlichen Maße bereits in den Vorschlagsrechten, welche die Gesetze usw. bestimmten Organisationen verleihen, berücksichtigt werden.

II. Eine Begrenzung der Wahlzeit hat zugleich den Vorteil, daß vorzeitige Abberufungen, wenn auch sie rechtlich zulässig sind, dann meist vermieden werden können. Wenn auch im Laufe der Wahlperiode sich das Bedürfnis nach einer anderen Besetzung der Stelle ergibt - hierzu waren in den letzten Jahren einige Male Anlaß - wird doch oft der Ablauf der dann umgrenzten Wahlzeit abgewartet werden können. Unliebsame verwaltungsmäßige oder verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzungen können dann vermieden werden. Auch deshalb ist es zweckmäßig, den Beschluß auch auf die jetzigen Stelleninhaber zu beziehen, da sonst - abgesehen vom Ausscheiden durch Tod oder durch eigenen Verzicht - Raum für eine Neuwahl durch die Ratsversammlung nur im Wege der Abberufung gegeben wäre. Der allgemeine Beschluß richtet sich aber selbstverständlich nicht gegen einen oder alle gegenwärtigen Stelleninhaber und ist auch durch keinen Einzelfall, sondern durch allgemeine Überlegungen veranlaßt.

III. Der Beschluß bezieht sich jedoch nicht auf die Mitglieder der angeführten Einrichtungen, die hier nicht genannt sind, weil sie der Einrichtung kraft vorgesehener "Entsendung" durch eine andere Stelle angehören, so z.B. beim Beirat für das Jugendaufbauwerk der Vertreter des Arbeitsamtes. Diese Mitglieder sind, auch hinsichtlich ihrer Wahlzeit, der Disposition der Ratsversammlung entzogen. Sie unterliegen, z.B. als Beamte, die jederzeit abberufen werden können, insoweit den Regeln der sie entsendenden Stellen.

IV. Die Wahl der im Antrag genannten Mitglieder beruht auf folgenden Bestimmungen:

Zu 1: § 10 Abs. 1 des Gesetzes zur Ergänzung bundesrechtlicher Bestimmungen über die Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten vom 28. April 1954 (GVOBl. Schl.-H. S. 77),

zu 2: Abs. 23 Satz 1 des Ersten Erlasses zur Durchführung des Gesetzes über das Jugendaufbauwerk vom 25. Juli 1950 (Amtsbl. Schl.-H. S. 348),

zu 3: §§ 13 Nr. 4, 33 der Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel vom 20. April 1950,

zu 4: §§ 8, 9 des schleswig-holsteinischen Durchführungsgesetzes zum Wohnraumbewirtschaftungsgesetz vom 16. Febr. 1954 (GVOBl. Schl.-H. S. 31),

zu 5: § 4 Abs. 1 b des Gesetzes über die landwirtschaftliche Verwaltung in Schleswig-Holstein vom 30. Mai 1950 (GVOBl. Schl.-H. S. 213).

V. Für den Beirat für Schlachthofbetriebe wird eine in Ergänzung der Richtlinien für die Selbstverwaltung besondere Vorlage unterbreitet.

Wirtschaftsausschuss
Schlachthofverwaltung

Kiel, den 5. Dezember 1957

Drucksache 639

Betr: Beirat für Schlachthofbetriebe

Berichterstatter: Stadtrat Langbehn

Antrag: Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel vom 20. April 1950 erhalten folgenden neuen § 39 a:
Siehe Anlage.

B e g r ü n d u n g

Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel enthalten bisher keine Vorschriften über einen Beirat für die Schlachthofbetriebe. Der Beirat für die Schlachthofbetriebe ist eine städtische Einrichtung; die Vorschriften über den Beirat für die Schlachthofbetriebe sind daher nachträglich in die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel aufzunehmen.

Es ist beabsichtigt, die Verhältnisse des Beirats für die Schlachthofbetriebe so zu regeln, wie die ähnlicher städtischer Einrichtungen. Insbesondere wird (Abs. 2 Satz 2) auch die Wahlzeit seiner Mitglieder, abgesehen von dem kraft Amtes eingesetzten Vorsitzenden, mit der Wahlzeit der Ratsversammlung gleichgestellt.

Der Wirtschaftsausschuss hat der Vorlage in seiner Sitzung vom 5.11.57 einstimmig zugestimmt.

Langbehn
Stadtrat

§ 39 a

Beirat für Schlachthofbetriebe

Aufgaben

- (1) Der Beirat für Schlachthofbetriebe hat die Aufgabe, den Wirtschaftsausschuss bei grundsätzlichen Angelegenheiten der Schlachthofbetriebe beratend zu unterstützen. Er soll eine Verbindung zwischen dem Wirtschaftsausschuss und den Benutzern des Schlachthofes herstellen.
- (2) Dem Beirat gehören an
 1. das Mitglied des Magistrats, dem das Sachgebiet Schlachthofbetriebe zugeteilt ist, als Vorsitzender des Beirates; das Magistratsmitglied, das es in diesem Sachgebiet vertritt, ist stellvertretender Vorsitzender des Beirates.
 2. 3 Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, die von diesem gewählt werden,
 3. weitere Mitglieder, die Vorschlagslisten zu entnehmen sind, welche die folgenden 5 Benutzergruppen vorlegen können:
 - a) die Ladenschlächter,
 - b) die Großschlächter und Importeure,
 - c) die Kopfschlächter, Darm- und Innereienhändler,
 - d) die Vieh- und Fleischagenturen,
 - e) die Fleischindustriellen;
 4. ein Arbeitnehmer der auf dem Schlachthof ansässigen nichtstädtischen Betriebe, der einer Vorschlagsliste zu entnehmen ist, welche die Vorsitzenden der Betriebsräte dieser Betriebe vorlegen können;

jede Vorschlagsliste zu 3 a bis e und 4 muss mindestens doppelt so viel Namen enthalten als zu wählen sind.

Der Wirtschaftsausschuss wählt die Mitglieder zu Nr. 2 für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Wirtschaftsausschuss und die Mitglieder zu Nr. 3 und 4 für die Dauer der Wahlzeit der Ratsversammlung. Für die Mitglieder zu 2 bis 4 können in gleicher Weise stellvertretende Mitglieder vorgeschlagen und gewählt werden.

Verfahren

- (3) Auf den Beirat, im besonderen auf seine Geschäftsführung, finden die Bestimmungen über die ständigen städtischen Ausschüsse 1o2 a) insbesondere mit folgenden Massgaben entsprechende Anwendung. In die Niederschriften über die Sitzungen des Beirates sind neben dem Rat der Mehrheit auch abweichende Ratschläge von Minderheiten aufzunehmen. Die Befragung des Beirates soll den Beschlussfassungen des Wirtschaftsausschusses vorangehen. Der Beirat kann die Teilnahme städtischer Verwaltungsangehöriger, die in einer Sitzung benötigt werden, bei dem für den Verwaltungsangehörigen zuständigen Magistratsmitglied beantragen; dem Antrag soll möglichst entsprochen werden. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Beirates, die Beachtung seines Rates zu überwachen.

1o2 a) § 36 ff GeschORats

Kiel, den 23. 11. 1957

Drucksache 629

Betrifft: Bestellung von Prüfern für das Rechnungsprüfungsamt durch die Ratsversammlung nach § 115 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein.

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: Die Dienstkräfte

- 1) Stadtoberinspektor Kurt B e r g e r ,
geb. am 22.6.1913,
- 2) Stadtoberinspektor Hans-Herbert D o o s e ,
geb. am 31.5.1913,
- 3) Stadtoberbauinspektor Heinrich S t e e n ,
geb. am 10.12.1909,
- 4) Stadtoberinspektor Johannes W ü r d e m a n n ,
geb. am 20.7.1904,
- 5) Stadtangestellter Friedrich Köhler-Franke,
geb. am 29.6.1909,
- 6) Stadtangestellter Siegfried W e i ß e ,
geb. am 25.3.1923,

werden als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes nach § 115 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein bestellt.

Begründung:

Die zu 1. - 6. genannten Dienstkräfte sind seit längerer Zeit als Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt eingesetzt. Sie haben sich voll bewährt und sind in charakterlicher und fachlicher Hinsicht sämtlich für die Tätigkeit eines Prüfers uneingeschränkt geeignet.

Der Personalausschuß hat der Vorlage in seiner Sitzung vom 18.11.1957 einstimmig zugestimmt.

Borchert
S t a d t r a t

Drucksache 630

Betr.: Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Musterungsausschuss beim Kreiswehrrersatzamt Kiel

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: In den Musterungsausschuss beim Kreiswehrrersatzamt Kiel werden für 1958 als Beisitzer gewählt:

Lfd. Nr.	N a m e	Vorname	Beruf	Wohnung
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				

B e g r ü n d u n g

Nach § 16 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes wird durch die Musterung entschieden, welche ungedienten Wehrpflichtigen für den Wehrdienst zur Verfügung stehen und sich zum Wehrdienst zu stellen haben. Die Entscheidungen werden durch Musterungsausschüsse, die bei den Kreis-Wehrrersatzämtern gebildet werden, getroffen.

Die Musterungsausschüsse sind mit dem Leiter des Kreis-Wehrrersatzamtes oder seinem Vertreter als Vorsitzendem, einem Beisitzer, der von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle benannt wird, sowie einem ehrenamtlichen Beisitzer besetzt.

Die ehrenamtlichen Beisitzer werden von den Vertretungskörperschaften der kreisfreien Städte und der Landkreise binnen zwei Monaten nach Mitteilung der erforderlichen Zahl der Beisitzer gewählt.

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat durch Erlass vom 7. November 1957 - I 71 - Nr. 2448/4 - die Zahl der zu wählenden Beisitzer auf 6 festgesetzt. Die Bestimmungen der Musterungsverordnung über die Wahl der Beisitzer in den Musterungsausschüssen und die Heranziehung der gewählten Beisitzer in den Musterungsausschüssen sind aus der beigefügten Anlage ersichtlich.

Die Wahl der Beisitzer hat binnen 2 Monaten nach Mitteilung der erforderlichen Zahl zu erfolgen.

B o r c h e r t
Stadtrat

Auszugsweise Abschrift aus der
M u s t e r u n g s v e r o r d n u n g
vom 25. Oktober 1956 (BGBl I S. 830)

§ 4

Wahl der Beisitzer in den Musterungsausschüssen

- (1) Die ehrenamtlichen Beisitzer werden für ein Jahr gewählt.
- (2) Die Kreis-Wehrersatzämter teilen den zuständigen kreisfreien Städten und Landkreisen mit, wieviel Beisitzer in ihrem Bereich in den Musterungsausschüssen benötigt werden.
- (3) Zu Beisitzern können nur Deutsche gewählt werden. Soldaten und Personen, deren Berechtigung, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, festgestellt ist, dürfen nicht gewählt werden.
- (4) Unfähig zum Amt eines Beisitzers sind:
 1. Personen, welche die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben oder wegen eines Verbrechens oder eines vorsätzlichen Vergehens zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt sind;
 2. Personen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens schwebt, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;
 3. Personen, die infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.
- (5) Die Berufung zum Beisitzer kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem Beisitzer die Übernahme der Tätigkeit wegen seines Alters, seines Gesundheitszustandes, seiner Berufs- oder Familienverhältnisse oder wegen sonstiger in seiner Person liegende Umstände nicht zugemutet werden kann.
- (6) Ablehnungsgründe sind nur zu berücksichtigen, wenn sie innerhalb einer Woche, nachdem der Beisitzer von seiner Wahl in Kenntnis gesetzt worden ist, von ihm geltend gemacht werden. Sind sie später entstanden oder bekannt geworden, so ist die Frist erst von diesem Zeitpunkt an zu berechnen. Über das Gesuch entscheidet der Leiter des Kreis-Wehrersatzamtes.
- (7) Die Reihenfolge bei der Heranziehung der Beisitzer wird von den Kreis-Wehrersatzämtern durch das Los bestimmt und in einer Liste festgelegt; für jeden Musterungsbezirk kann eine besondere Liste angelegt werden. Personen, bei denen nach Aufnahme in die Liste Umstände eintreten oder bekannt werden, die eine Wahl zum Beisitzer ausschließen (Absatz 3 und 4), sind von der Liste zu streichen.

§ 5

Heranziehung der gewählten Beisitzer
in den Musterungsausschüssen

(1) Die Kreis-Wehrrersatzämter laden die Beisitzer nach der festgelegten Reihenfolge unter Angabe der Musterungstage spätestens zwei Wochen vor dem ersten Musterungstag.

(2) Der Leiter des Kreis-Wehrrersatzamtes kann einen gewählten Beisitzer auf dessen Antrag wegen eingetretener Hinderungsgründe von der Teilnahme an bestimmten Musterungsterminen entbinden.

(3) Ein Beisitzer darf bei der Musterung nicht mitwirken, wenn gemustert werden:

1. sein Verlobter;
2. sein Ehegatte, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
3. ein in gerader Linie mit ihm verwandter, verschwägerter oder durch Annahme an Kindes Statt verbundener Wehrpflichtiger oder ein mit ihm in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandter oder bis zum zweiten Grade verschwägerter Wehrpflichtiger, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

(4) Die Beisitzer werden nach den für Schöffen und Geschworenen geltenden Vorschriften vom Bund entschädigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Der Magistrat
Einwohnermeldeamt

Kiel, den 21. November 1957

Drucksache 631

Betr.: Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Prüfungsausschuss für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Kiel

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: In den Prüfungsausschuss für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Kiel werden für 1958 als Beisitzer gewählt:

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Beruf	Wohnung
1.				
2.				

B e g r ü n d u n g

Nach den Vorschriften für Kriegsdienstverweigerer (§§ 25 bis 27 des Wehrpflichtgesetzes) wird über die Berechtigung, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, auf Antrag durch besondere Ausschüsse (Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer) entschieden. Diese Ausschüsse sind mit einem vom Bundesminister für Verteidigung bestimmten Vorsitzenden und 3 ehrenamtlichen Beisitzern besetzt. Die Beisitzer müssen das 35. Lebensjahr vollendet haben. Im übrigen sind die für die Wahl der Beisitzer zu den Musterungsausschüssen geltenden Vorschriften (s. Anl. zur betr. Vorlage) anzuwenden mit der Ausnahme, dass in den Prüfungsausschuss für Kriegsdienstverweigerer auch Personen als Beisitzer gewählt werden können, deren Berechtigung, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, anerkannt ist.

Aus jeder kreisfreien Stadt sind von den Vertretungskörperschaften mindestens 2 Beisitzer zu wählen.

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat durch Erlass vom 7. November 1957 - I 71 - Nr. 2448/4 - die Zahl der für den Prüfungsausschuss für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Kiel durch die Ratsversammlung Kiel zu wählenden Beisitzer auf 2 festgesetzt. Die Wahl der Beisitzer hat binnen 2 Monaten nach Mitteilung der erforderlichen Zahl zu erfolgen.

B o r c h e r t
Stadtrat

Zu Punkt 14 der Tagesordnung

DER STADTPRÄSIDENT

Kiel, den 12. November 1957

Drucksache 610

Betrifft: Umbesetzung des Wirtschaftsausschusses

Berichterstatter: Stadtpräsident Dr. Sievers

Antrag: Aus dem Wirtschaftsausschuß
scheidet aus:

das bürgerliche Mitglied
Herr Heinrich B a r t k o w s k i

Es wird neu gewählt:

B e g r ü n d u n g

Herr Bartkowski sieht sich durch sehr häufige Ortsabwesenheit nicht mehr in der Lage, das ihm übertragene Amt befriedigend wahrzunehmen und hat gebeten, davon befreit zu werden.

Dr. S i e v e r s

Zu Punkt 1
der mit öffentlichen Sitzung

KIELER WOCHE 1958

Dezernatsvorschläge,
erstattet an Magistrat
und Kieler Woche-Aus-
schuß am 25. Septem-
ber 1957.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Ziel meines Vortrages ist ein 3faches:

1. die Stagnation in der Planung unserer Kieler Woche-Arbeit aufzuzeigen;
2. das Interesse der Kieler Woche im sogenannten kulturellen Sektor mit einem neuen Kurs auf Skandinavien zu richten und
3. die repräsentativen Veranstaltungen einer starken Straffung zu unterwerfen.

Es ist der Stadt Kiel gelungen, den in früheren Jahrzehnten erreichten internationalen Ruf der Kieler Woche neu zu festigen und mit neuem Inhalt auszufüllen. Diese neue und erfolgreiche Form ist aus der Natur der Sache heraus kein Dauerzustand geblieben. In unserer schnelllebigen Zeit wird man sagen müssen, daß diese Form abgenutzt worden, ja beinahe konservativ geworden ist.

Ich habe jetzt drei Jahre lang an der Gestaltung mitgearbeitet, und dabei habe ich das belastende Gefühl, jedesmal nach Vorgang, jedesmal nach Schema mitgearbeitet zu haben. Und ich habe jedesmal in verstärktem Umfang das Gefühl, daß in dem sogenannten kulturellen Teil das Gediegene, das Qualitätsgefühl schwinden.

Meine vier speziellen Mitarbeiter stimmen mit mir darüber überein, daß es so nicht weitergeht. Ich selbst habe einen Horror, jetzt zum vierten Mal auf die bisherige Weise an die Gestaltung der Kieler Woche heranzugehen.

Daß das Problem richtig gestellt ist, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig.

Segeln und kulturelle Leistung. Segeln und Gemeinschaftswoche.

Ganz in diesem Sinne sind wir uns, so glaube ich, über das einig, was ich auch mit einfacheren Worten in den Mittelpunkt meiner diesjährigen Balkonansprache gestellte habe:

"Sportliche und turnerische Wettkämpfe sind etwas Wunderbares, Erfri-schendes und Belebendes, wenn der Mensch sich zugleich um die hohen kulturellen Güter seines Volkes kümmert, wenn Muskelkraft und Behen-digkeit nicht zugleich die Kraft der Herzen und der Gedanken verdrängen."

Das vorausgeschickt, müssen wir sagen, daß die Ebenbürtigkeit von Sport und Kultur nicht da ist. Es besteht m. E. auch keine Einigkeit darü-ber, wie man diese Ebenbürtigkeit, diese Parität, erreicht, wie man in dieser Hinsicht aus der Stagnation herauskommt.

Gewiß hat man mir häufig die Frage vorgelegt, wieso ist die Ebenbürtig-keit nicht da? Ich bin der Meinung, solche Fragestellung trägt Zufrieden-heit oder etwas Selbsttröstendes in sich; Es kommt damit der Versuch zum Ausdruck, nicht alles auf einmal zu machen; die Dinge müssen sich entwickeln. Die Stadt sollte aus sich heraus die Kräfte besitzen, allmäh-lich zu besseren Ergebnissen zu kommen.

Ein solcher Standpunkt wird aber nicht eingenommen von Leuten, die mit der Angelegenheit ständig beschäftigt sind und die die ständig zunehmende Kritik in Presse und Rundfunk so ernst nehmen, wie sie gemeint ist. Es ist die alte Regel für eine verantwortungsbewußte Kommunalarbeit, daß man sich nichts vormachen soll. Man muß insbesondere die Erfahrungen der letzten Jahre berücksichtigen, nach denen die Menschen anspruchs-voller geworden sind. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir die kulturelle Seite doch nicht so gestaltet haben, daß sie wesentlich mehr als lokale Bedeutung hatte. Bei den Beurteilern wird unser Bemühen, un-ser Kulturwille anerkannt und immer gewürdigt. Aber wir werden da-durch nicht so attraktiv, daß wir Menschen in nennenswertem Umfang von auswärts heranziehen. Wir sind ja keine Stadt der besonderen kulturellen Leistung.

Das Problem ist also:

Was ziehen wir herein, was dem Segelsport ebenbürtig ist? Was ziehen wir herein, was neben dem Segelsport nicht nur Umrahmung ist, was nicht nur Umrahmung von lokalem Niveau ist? Das wäre also die Frage, über die man sich klar werden muß, wenn man nicht das tun will, was man in den letzten Jahren gemacht hat.

Sie werden fragen, wie ich auf die Stagnation oder sogar auf den Rückgang käme? Ich möchte Ihnen die Antwort darauf geben, daß die Ursache m. E. in der fehlenden Anpassung an eine völlig neue Situation liegt. Man muß sich noch einmal in die Zeit vor etwa 10 Jahren, in die Neugründung, in die Wiederbelebung der Kieler Woche versetzen. Unter unserem damaligen staatsrechtlichen Unglück war jede Stadt eine eigene Republik. Es fehlte die staatliche Ordnung. Damit überhaupt was geschah, nahm die Stadt Kiel mit der idealistischen Grundhaltung Gayks und seinem praktisch zupackenden Willen die Dinge selbst in die Hand. Es war der erste Versuch, über die Grenze zu greifen. Der Missionsgedanke, ja vielleicht der Sendungsgedanke, war darin. Daß der Adressat dieser Bemühungen im Völkerverständigungssinne der Norden war, lag auf der Hand. Und daß Norwegen und Dänemark besonders gemeint waren, war unter jenen Umständen wohl selbstverständlich, denn wir hatten beiden Ländern schweres menschliches und politisches Leid zugefügt.

Nach einer langen Entwicklung bemerken wir nun eine gewisse Beharrung, ein gewisses Bewegen in eingefahrenen Gleisen. Wenn man die Frage stellt, stehen wir überhaupt noch richtig davor, hört man häufig genug die alten Argumente von damals. Aber jeder, der sich die Zeit zu einer gründlichen Überlegung nimmt, oder jeder, der für eine gründliche, ich möchte sagen, wissenschaftliche Diskussion Zeit übrig hat, kommt zu dem Ergebnis, daß die Voraussetzungen, auf denen man damals aufgebaut hat, ja nicht mehr da sind. So ist man also in das Stadium der Stagnation geraten.

In dieser neuen Situation spiegelt sich doch wider, daß die großen Dinge dieser Welt in ständiger Bewegung sind, daß im Ostseeraum eine völlig neue Situation herrscht. Hier ist die politische Problematik dieses Lebensraums anders als 1947. Selbst in den Volkstumsfragen ist eine neue Situation gegenüber 1947 durch den Kieler Vertrag eingetreten.

Man hört demgegenüber gelegentlich den Einwand, was gingen uns und was gehen uns solche außenpolitischen Gesichtspunkte an? Was die Kieler Woche nach der damaligen Konzeption gewollt und erreicht hat, sind menschliche, gesellschaftliche, meinetwegen auch kommunalpolitische Kontakte. Auf diese Einwendungen darf ich antworten: Ich meine, daß eine ist in das andere verstrickt. Das politische und damit das außenpolitische Schicksal ist mit diesen Dingen verbunden, es ist sogar die Basis. Ich kenne niemanden unter uns, der mit einem Skandinavier ein Gespräch im Sinne der Humanität, im Sinne der Völkerverständigung führen will, ohne auf das gemeinsame elementare Schicksal, eben auf die Außenpolitik, einzugehen.

Ich stelle nunmehr die Frage:

Ist Kiel denn unter diesen Umständen nach wie vor für den nordischen Kontakt legitimiert?

Diese Frage möchte ich eindeutig bejahen. Sie ist für mich unbestritten. Ich möchte Ihnen dafür drei entscheidende Gründe nennen:

1. Die Lage am nördlichen Wasser, rein geographisch gesehen.
2. Wir sind der Sitz einer bedeutenden, ja der bedeutendsten Werftindustrie in Europa. Gewiß ist die große Kapazität dieser Werften größtenteils währungspolitisch und damit nicht ganz untemporär bedingt. Aber wir wissen andererseits, daß die Kontakte mit Skandinavien - zum Beispiel besonders mit Norwegen - echte hochwertige Bindungen bedeuten.

3. Unsere Universität mit nordischen Akzent in den meisten Fakultäten. Allem voran das Institut für Weltwirtschaft. 60 % unserer Auslandsstudenten sind Skandinavier.

Das alles spricht objektiv und typisch für Kiel. Darin liegt eine echte Legitimation für Kiel.

Nicht dagegen haben wir eine so ausgesprochene Legitimation auf dem Gebiet der Kultur. Wir sind keine Stadt, die etwa eine eigene typische Kultur - entschuldigen Sie die pathetischen Worte - über die Ostsee hinausstrahlen könnte. Ich glaube, man macht sich in diesem Kreise der ersten verantwortlichen Beratung nicht unbeliebt, wenn man etwas ausspricht, was ist, wenn man zugleich weiß und die Überzeugung hat, daß der Kulturwille in unserer Stadt so stark ist, daß er unterstützt werden muß, diesen Zustand zu ändern und zu fördern.

Das allerdings nur auf lange Sicht. Aber soviel wissen wir, daß es hier heute kein der Beschlußfassung unterliegendes Ziel ist, die von uns aufgezeigte Ebenbürtigkeit durch kommunale Kulturleistungen zu erreichen. So was muß wachsen. Die in dieser Hinsicht traditionsreichen Städte beweisen, daß dieses nur in sehr langen Zeitläufen möglich ist.

Die echte Legitimation Kiels liegt also nach meiner Meinung in dem von mir aufgezeigten Dreiklang der objektiven Gegebenheiten:

in der geographischen Lage, in den nach Norden gerichteten Werften, in der wassergebundenen Industrie, in der Universität, im Institut für Weltwirtschaft.

Wir haben Städtebeispiele für typisch überregionale Leistungen im Sinne unserer Überlegungen:

Hannover als Messestadt,

Salzburg als Musikstadt,

Recklinghausen als Stadt der Ruhr-Festspiele
und früher Stuttgart als Stadt der Auslands-
deutschen.

Diese Städte sind damals in der ersten Zeit aus sich heraus geworden. Nachdem sie die Pionierdienste geleistet haben, nachdem sie was vorgezeigt, nachdem sie was vorgearbeitet haben, nachdem das Experiment gelungen ist, haben sie sich dann im Wege der Arbeitsteilung einer größeren Gemeinschaft zur Mitarbeit, zur Mitförderung anheimgestellt.

Aus diesem Grunde scheinen mir diese vier Beispiele für den Kieler Fall von besonderer Bedeutung zu sein.

Ich wiederhole, daß wir dafür drei bedeutende Kennzeichen für eine typische Vertretung, für eine typische Repräsentation des nordischen Kontaktes haben.

Und daraus ergibt sich nun die Frage, sind wir augenblicklich zur gesamten Repräsentation ausreichend legitimiert? Ich muß ganz offen sagen, daß uns dafür nicht immer das richtige Augenmaß zugebilligt wird. Ich gebe dieses Wort als mildesten Ausdruck für ein anderes Wort, das Wort der Kompetenzanmaßung, wieder, das man uns gesagt hat, das ich aber nicht verwenden möchte, da es mir gegenüber all dem ehrlichen und aufrichtigen Bemühen zu undankbar erscheint. Das Augenmaß für unsere Kompetenz, das ist das, was in Frage steht.

Wie oft habe ich dem Sinne nach diese Fragen gehört, wenn ich vor der schwierigen Aufgabe stand, Spitzenpersönlichkeiten zu verpflichten, es mag sich um Hansen, Erlander oder G. Lange gehandelt haben. Wo liegen eigentlich eure Kompetenzen, so weit zu gehen, uns für Aufgaben zu verpflichten, die doch wohl über den Bereich einer städtischen Aufgabe hinausgehen. Das waren so die Fragen.

Und so bin ich auf den Gedanken, vielleicht auf den verwegenen Gedanken gekommen, nach der politischen, nach der kulturellen, ja ich begründe

es noch näher, auch nach der wissenschaftlichen Seite ein stärkeres Interesse im ganzen Bundesgebiet für diese Aufgabe gegenüber Skandinavien zu wecken:

Nicht im juristischen, nicht im organisatorischen, sondern im propagandistischen und im psychologischen Sinne Kiel zum Kristallisationspunkt für den systematischen geistig-kulturellen Austausch zwischen der Bundesrepublik und Skandinavien zu machen.

Kiel würde dadurch sozusagen, ich wiederhole nicht im juristischen, nicht im organisatorischen Sinne, eine treuhänderische Aufgabe für das Bundesgebiet mit übernehmen. Kiel wäre das Fenster, durch das wir unsere Bemühungen um Skandinavien zeigen würden.

Und das alles wage ich Ihnen vorzutragen, weil ich der Ansicht bin, daß dafür ein echtes Bedürfnis besteht. Und dafür, als diese Instanz, könnten wir uns anmelden. Kiel würde sozusagen damit ein Mandat für ein weit größeres Gebiet, als eine gesamtdeutsche Aufgabe, übernehmen. Kiel würde nach den aufgezeigten Begebenheiten, aber auch als Landeshauptstadt des unmittelbar an Skandinavien angrenzenden Landes dafür am ehesten zuständig sein.

Das würde zum Beispiel bedeuten: Was irgendwo in der Bundesrepublik unter dem Thema "Deutschland und Skandinavien" geschieht, würde Kiel sozusagen anzubieten sein. Kiel würde sozusagen - kaufmännisch gesprochen - ein Vorkaufsrecht haben. Kiel würde sozusagen also der Hauptort eines derartigen Austausches sein.

Ich habe in den drei Jahren die Dinge dahin beobachtet, daß immer Organisationen und Gebietskörperschaften, geographisch wie fachlich weniger prädestiniert als wir, solche Kontaktveranstaltungen Deutschland / Skandinavien führen. Niemand kann ihnen das verbieten. Aber man kann mit übergeordneter Hilfe Lenkung und Leitung und damit auch eine gewisse Ordnung erreichen.

Es gilt das Interesse zu erregen, daß darin eine Aufgabe liegt. Es müssen aus der Bundesrepublik Leute herangeholt werden. Kiel kann auf diesem beschränkten Gebiet zum äußersten Vorposten deutscher wirtschaftlicher Kultur gegenüber Skandinavien werden, so wie Helsinki äußerster Vorposten europäischer Kultur ist. Es würde also gelten, Kiel in dieser Rolle als Vorposten stärker als bisher zu legitimieren. Es müßte dann unser intensives Bemühen sein, einmal das überhaupt zu schaffen und dann, was sicherlich noch schwieriger ist, es dann zu halten.

Was das an organisatorischer Leistung bedeutet, darüber sind wir unklar, und davor habe ich einen leichten Schreck. Mit unserer doch vorwiegend kameralistischen Apparatur ist das nicht ganz einfach. Das ist sehr schwer. Es gilt nämlich nicht mehr und nicht weniger :

in Zusammenarbeit mit den zuständigen skandinavischen Persönlichkeiten und Organisationen ein Programm aufzustellen, aus dessen Durchführung dann der geistig kulturelle Gehalt der künftigen Kieler Woche zu entwickeln ist.

Wie müßte man sich das also nun in der Praxis vorstellen? Ich denke nicht daran oder besser gesagt, ich wage nicht, daran zu denken, irgendwie einen offiziellen Weg zur Anerkennung oder zur Auftragserteilung einer solchen Arbeitsteilung zu gehen. Ich gebe, von Erfahrungen gewitzigt, den Leuten recht, die sagen würden: Diese Legitimierung wird er nie kriegen. Ich glaube nicht einmal, daß man dafür die Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein bekäme. Aber da ein echtes Bedürfnis für eine solche Konzentration der Arbeit besteht - diesem Bedürfnis bin ich im Laufe der 3 Jahre auf Schritt und Tritt begegnet - glaube ich, daß man diese Legitimierung, das stärkere Interesse des Bundesgebietes, als Partner gegenüber Skandinavien von Fall zu Fall gewinnen kann, wenn man sich grundsätzlich auf diesen Kurs festlegt.

Gewinnen wir z. B. durch individuelle Bemühung das stärkere Interesse des Bundesaußenministers und seines Apparates, so ist das schon eine Legitimation.

Etwa in gleichem Sinne denke ich an das Interesse von speziellen Organisationen, vielfach in der Bundesrepublik zerstreut, an die Ressortchefs für Skandinavien im Auswärtigen Amt und im Bundeswirtschaftsministerium, an die deutschen Kultur- und Wirtschaftsattachés in den nordischen Ländern, an die Skandinavienreferenten der vier großen wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Bundesrepublik, an die Lehrstuhlinhaber für Skandinavien an deutschen Universitäten und Handelshochschulen usw.

Ich bin schon skeptisch, ob ein solcher Plan im Wege der Individualarbeit von Fall zu Fall etwa bei den Verbands- und Bundesinstanzen fortzusetzen ist. Aber in der Tendenz sehe ich ihn als gangbar an.

Als aussichtslos sehe ich den offiziellen Weg an, nicht zuletzt wegen des Wettbewerbs um eine solche offizielle Arbeitsteilung. Ich denke dabei nicht an Hamburg, Bremen und Flensburg, wohl aber an Lübeck.

Gingen wir den von mir aufgezeigten Weg, so glaube ich immer auf der Basis eines echten Bedürfnisses, daß uns Lübeck dabei nicht im Wege wäre. Hier ist Raum für zwei. Niemand von uns dächte daran, die nordische Woche zu schädigen.

Sagen Sie bitte nicht, Sie hätten nichts dagegen, wenn ich dies und das oder vielleicht alles in jenem Sinne mache. Es handelt sich hier um die Einschaltung vieler Persönlichkeiten, Organisationen, Dienststellen, um vielfache Unterstützung und sicherlich auch um Finanzfragen in maßvollem Umfange.

Zu diesem Komplex gehört naturgemäß die Frage der geographischen Abgrenzung; und da ist das Kompetenzgebiet für mich der Norden. Wir haben eben im Norden eine natürliche Stellung im Raum. Damit entfällt für

meine Vorschläge der häufig aus der Segelsituation heraus gemachte Vorschlag, auch den niedersächsischen Sprachraum, also insbesondere Holland, einzubeziehen. Man braucht nicht, wie ich, 5 Jahre in der Hauptstadt von Niedersachsen gelebt zu haben, um zu sagen, daß wir vor Niedersachsen gar keine Zuständigkeit haben.

Ich wiederhole also den Gesamtgedanken: Konzentration auf 2 große Aufgaben

- 1) internationaler Sport, Segelsport,
- 2) Skandinavien,

und darin eine Linie.

Und nun ein Wort zur Konsequenz. Wenn wir die Veranstaltung nicht entwickeln können, dann haben wir das Schützenfest von Hannover, wobei ich die kulturelle Seite und das große wirtschaftliche Ergebnis dieser Veranstaltung in keiner Weise schmälern will; aber wir haben eben nur alternativ die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der internationalen Segelwoche eine lokale Festwoche als Ausdruck des Gemeinsinns und des Zusammengehörigkeitsgefühls durchzuführen. Vielleicht kann eine solche Veranstaltung für viele auswärtige und ausländische Gäste reizvoll sein. Für die Stadt Kiel wäre das alles lediglich eine Aufgabe von technischer Natur.

Ich fasse also zusammen:

In unserer Sorge um die Zukunft der Kieler Woche haben wir zwischen 3 Möglichkeiten zu entscheiden:

- 1) Es wird so weitergemacht.
- 2) Segelsport und lokale Festwoche.
- 3) Segelsport und Tendenz nach paritätischer Kulturleistung mit Heranziehung des Bundesgebietes nach Maßgabe des Bedürfnisses.

Mein Vorschlag geht nach Ziff. 3), denn nur auf diese Weise ist die An-

passung an die veränderten Umstände möglich, und Persönlichkeiten und Organisationen aus dem ganzen Bundesgebiet können als Partner für Skandinavien über den lokalen Gesichtspunkt hinaus gewonnen werden.

Ich komme dann auf das Gebot der Straffung der Veranstaltung, und dabei dachte ich an den 1. Sonnabend. Das Gebot der Straffung sollte so beachtet werden, daß am Sonnabend abend, angefangen um 20.00 Uhr,

- a) die Festsitzung,
- b) der Abend der Stadt Kiel und
- c) die Eröffnung mit Festlichkeiten auf dem Rathausplatz

stattfinden.

Im Mittelpunkt der Festsitzung würde der Kulturpreisträger stehen. Naturgemäß stehen bei einer solchen Planung Thema und Festredner zunächst zur Debatte. Als Themen im Sinne meiner oben gemachten Grundsatzausführung könnten lediglich als Beispiel genannt etwa folgende bezeichnet werden:

- 1) Sinn des Feierns eines solchen Festes in unserer Zeit,
- 2) Kiel in seiner Legitimation zum Norden,
- 3) Kiel und der Ostseeraum.

Unter den Rednern muß neues Gewicht geschaffen, neue Attraktion geschaffen werden. Es ist der Reiz durch neue prominente Persönlichkeiten erforderlich. Wir müssen eben berücksichtigen, daß die Besucherzahl bei der Eröffnungsfeierlichkeit von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist. Besonders klein war sie im letzten Jahr. Die 3 traditionellen Redner unterliegen wegen der schwierigen Veränderlichkeit ihrer Themen eben leicht dem Gesetz der Abnutzung. Was soll auch immer Neues gebracht werden. Vorweg bemerkt wäre etwa folgendes Rednerprogramm zu überlegen:

- a) Der Bundespräsident:
Für ihn käme das Thema 1) gut in Betracht.
- b) Der Bundesaußenminister:
Für ihn wäre etwa das Thema 2) mit der Legitimation Kiels auf der Basis der Bundesinteressen gut zu verwenden.

- c) Für das 3. Thema käme etwa ein berühmter Nationalökonom aus dem Norden in Betracht. Es könnte auch ein bedeutender Politiker sein. Ich selbst halte es nicht für ganz ausgeschlossen, daß der schwedische Ministerpräsident Erlander infrage käme.
- d) Als 4. Redner (alternativ) käme etwa ein aus dem Norden stammender Kulturpreisträger mit einem eigenen Thema in Betracht.

Die Verwendung der Redner hätte ich mir nun so gedacht, daß sie einmal die Festreden in der Ratsversammlung halten und daß sie dann in einem populär abgekürzten Extrakt von etwa 10 Minuten vom Balkon zur Bevölkerung sprechen und im Anschluß daran auch symbolisch für die Verbindung mit dem Norden die Eröffnung vornehmen.

Selbstverständlich müßte alsbald nach Abschluß der Beratungen um die Persönlichkeiten geworben werden. Sobald Klarheit besteht, müßten die Korrespondenzen, müßte der Kontakt mit dem Norden aufgenommen werden. Was den Herrn Bundespräsidenten betrifft, so wäre in Aussicht zu fassen, daß der Herr Stadtpräsident und ich gemeinsam Vortrag halten.

Der Abend der Stadt Kiel würde danach etwa 1 Stunde nach dem Schluß der Festsitzung anfangen. Für den Abend der Stadt Kiel in neuer Gestalt würde an sich nur eines gehören, allerdings etwas sehr Schwieriges: Den Mut zu haben, die Teilnehmerzahl auf 250 zu begrenzen. Technisch gibt es gegen diesen Vorschlag den Einwand, daß ja 1 Stunde eingelegt werden muß, um, wie auf der Bühne, das Mobiliar umzubauen. Ich meine, daß dieses technische Pech in Kauf genommen werden müßte. Den fremden Gästen, also den nicht aus dem Rathaus kommenden Gästen, sollte man in der kurzen Zwischenzeit einen abendlichen Blick auf Bellevue verschaffen. Unsern eigenen Persönlichkeiten sollte man zumuten, dann solange

in die beiden Säle des Ratskellers zu gehen, wo etwa durch Vorführung des neuen Kanalfilms für Unterhaltung zu sorgen wäre.

Es bleibt dann noch die Frage, was auf dem Rathausplatz am Eröffnungstage zu geschehen hat. Ich sagte schon, Reden allein sind keine Attraktion mehr. Ich möchte Ihnen zur Auswahl für den Unterhaltungsteil einiges nennen, ohne daß ich damit für eine Art Varieté plädiere. Es kämen etwa zur Auswahl infrage:

- a) der neue Kanalfilm,
- b) einige neue Dias,
- c) ein Vorschlag, beruhend auf einem Erlebnis, das ich vor einigen Wochen bei der Einweihung einer Sporthalle in Hannover hatte, wo ich die Festrede zu halten hatte. Es war ein Gedicht verfaßt, das von 4 Kindern im Alter von 13 bis 15 Jahren mit verteilten Rollen in etwa 5 Minuten aufgesagt wurde. Man müßte ein Gedicht oder eine Prosa über die Kieler Woche verfassen, das ebenso rezitiert würde; selbstverständlich im Inhalte vom Kinde aus gesehen,
- d) etwa Hein Pieper,
Trompetenbläser,
Trachten: Ellerbeker Fischer, Trachten der
Turner, Segler, Ruderer (etwa in
Pumphosen).

Lustiges, originelle Note!

Es müßte einer auftreten, der den Vers von der kaiserlichen Verft rezitiert (immer eine gute Sache, alte Bekannte zu treffen),

Polizeikapelle,
Spielmannszüge.

Ein Ansager müßte organisatorisch geschickt dafür sorgen, daß alles wie ein Reißer abschnurrt.

Alles ist natürlich eine Organisationsfrage. Es müßte aus fachkundiger Hand ein Sujet, ein Drehbuch geschrieben werden.

Ginge das in Ordnung, dann hätten wir das, was häufig vermißt wird, eine volksfestähnliche Beigabe schon bei der Eröffnung.

Ich komme nun auf Einzelfragen und werde dabei allerdings auch noch immer wieder auf die Grundsatzfragen zurückkommen.

Das Segeln ist ja etwas Selbstverständliches. Wir brauchen gar nicht darüber zu reden. Die international einmalige Bedeutung ist unbestritten. Die Segelregatten sind unzweifelhaft das große Aktivum. Die wirtschaftliche Seite ist dabei die bedeutende Beigabe. In der Gesamtbeurteilung möchte ich zur soziologischen Seite nur einige wenige Bemerkungen machen. Das ist in den Mitgliederlisten so ähnlich wie beim Tennissport am Karolinenweg. Die feudalen Zeiten des Segelsports sind vorbei. Es herrscht sehr stark das kleine Boot des kleinen Mannes vor, und was die Exklusivität betrifft, so wird man auch an die moderne soziologische Auffassung zu denken haben, daß es immer mehr Menschen gibt, die dem Massenbetrieb am Tage gern entfliehen möchten, und der alte Gedanke, daß der Segelsport keine Galerie hat, bedarf wohl der Ergänzung, daß man die eigenartige Stimmung kennen muß, am Kai zu sitzen und den Dingen zuzuschauen.

Der Segelsport kann, wenn wir uns auf solches Programm einigen, im kommenden Jahr eine wertvolle Ergänzung durch das Rudern finden. In unverbindlichen Vorbesprechungen habe ich mit dem Landessportverbandsvorsitzenden, Herrn Bommers, wie mit meinem hannoverschen Freunde, Herrn Dr. Walter Wülffing, dem Präsidenten des Deutschen Ruderverbandes, schon erreicht, daß bei aller Abneigung gegen unser hartes Wasser, gegen das schwere Wasser, doch eine Ruderveranstaltung möglich sein wird. Auch eine Kanuregatta könnte eine wertvolle Ergänzung sein.

Was den weiteren Sport betrifft, so kann ich heute schon auf neue Pläne des Landessportverbandes, unseres Herrn Sportdezernenten und des Herrn Stadtrat Dr. Meier-Bant verweisen.

Was die Beteiligung der Navys betrifft, so ergibt sich aus der Nato-Situation, daß die Anmeldungen ausländischer Schiffe auf uns zukommen. Erst gestern hat der niederländische Verteidigungsminister einen modernen Zerstörer zum Besuch für die Kieler Woche 1958 angemeldet. Wie aus privater Quelle verlautete, darf auch mit einer Anfrage der schwedischen Marine gerechnet werden. Ich habe ja im vorigen Jahr besonders auf die wirtschaftliche Seite dieser Flottenbesuche hinweisen können. Die Besucher sehen das technische Wunder, es ist wohl wie bei der Autoausstellung in Frankfurt.

Ich komme dann auf das Wirtschaftliche. Ich wiederhole meinen alten Hinweis, daß unser Aufwand ein werbender Aufwand sein muß. Er ist wirtschaftlich, sofern er sich irgendwie wirtschaftlich für uns auswirkt.

Ich muß in diesem Zusammenhang die wirtschaftliche Verbundenheit der Bundesrepublik mit Skandinavien einmal in wenigen Zahlen nennen. 1956 hat die Einfuhr aus den vier skandinavischen Ländern 10,4 % und die Ausfuhr 13,7 % betragen. Die wirtschaftliche Verbundenheit geht also weit über Schleswig-Holstein hinaus. Ich darf also auch in dieser Hinsicht die Verbundenheit dieser Tatsache mit unserem Grundsatzthema hervorheben. In Kiel sind 30 Industrie- und Großhandelsbetriebe an der In- und Ausfuhr beteiligt. Durch den Kanal sind 1956 36 Prozent aller durchfahrenden Schiffe skandinavischer Nationalität gewesen. Die wirtschaftliche Verbundenheit der Bundesrepublik zeigt sich dann besonders im Fremdenverkehr. Man meint ja häufig was uns in Kiel betrifft, daß der Fährübergang in Großenbrode, die neue Fähre "Theodor Heuß" und das Projekt der Vogelfluglinie doch wohl immer mehr den Fremdenstrom von uns ablenken. Ich kann Ihnen einige Zahlen nennen, wonach diese Befürchtungen unbegründet sind. Es ist immer noch die große Zeit des Durchgangsverkehrs im nördlichen Landesteil. Nach der Statistik der echten Grenzübergänge, also ohne den kleinen Grenzverkehr, sind über die Landübergänge bei Flensburg 2,6 Mill. hereingekommen. Wenn man weiß, daß ganz Skandi-

navien nur 12 Mill. Einwohner hat, dann macht man sich von jenen rastlos reisenden Nordländern das richtige Bild. Demgegenüber haben die Seeübergänge einschließlich Großenbrode nur 617.000 Menschen von Skandinavien gebracht. An Kraftwagen sind 357.000 über die dänische Grenze gekommen und nur 57.700 über Großenbrode. Die Übernachtungen von Skandinaviern in Kiel sind auffallend gering. Skandinavier haben in Schleswig-Holstein einschließlich der Badeorte 238.300 übernachtet, davon entfallen auf Kiel nur 19.900.

Es sind dann noch einige Ausführungen über die Ausstellungen zu machen. Wir machen in diesem Jahr keine Ausstellung. Wir haben eine gute und vielseitige Handwerksausstellung gehabt. Leider war sie schlecht besucht und leider war sie zu einer billigen Verkaufsmesse degradiert, wo viele Besucher am Ärmel festgehalten wurden, was bei einer repräsentativen Ausstellung nicht sein sollte. Die kunstgewerblichen Ausstellungen sind von der internationalen Fachpresse verhältnismäßig gut beurteilt worden. Sie wissen, daß es sich um die Ausstellungen von Finnland, Dänemark und des deutschen Verbundkreises gehandelt hat. Die eindruckvollste Schau war die Ausstellung der Muthesius-Schule von Schülerarbeiten. Aus einer dänischen Pressenotiz entnehme ich den Satz "Über alle Voraussetzungen hebt sich die Ausstellung der Muthesius-Schule hervor. Sie war der Beweis dafür, daß man mit europäischem Esprit die deutsche alte Kommode neu polieren kann." Leider ist diese Ausstellung nicht ausgenutzt worden. Sie hätte ein Beispiel dafür werden können, wie man eine solche Ausstellung zu einer überregionalen Bedeutung hätte machen können. Das ist nicht gelungen. Wir müssen das offen eingestehen. Die Frage ist natürlich, für wen macht man solche Ausstellungen, wenn sie in sich den Wert überregionaler Bedeutung haben. Für die Kieler doch nicht allein, jedenfalls auch nicht für die Skandinavier im Beispielsfalle, sondern, und damit gestatten Sie mir wieder den Hinweis auf meine Grundsatzausführung, man macht das für Besucher aus der Bundesrepublik, man muß also überregionale Bedeutung haben.

An wirtschaftlichen Folgerungen müssen wir also den Schluß ziehen, daß das, was in den letzten Jahren gemacht ist, keineswegs den Anlaß zur Zufriedenheit gibt. In dem vorhin dargelegten und erörterten neuen Kurs waren Ansatzpunkte zur Verbesserung gerade in wirtschaftlicher Hinsicht genug. Es würde sich einmal um die Pflege der skandinavischen Nachbarschaft zu Kiel handeln, durch stärkere Einschaltung einflußreicher Wirtschaftler des Im- und Exportes und der Großhandelsverbände, ja auch durch vergrößertes Interesse des Kapitalmarktes, der, wie Sie wissen, nach Hamburg, also auf Export gerichtet ist. Hierzu gehört auch die starke Herausstellung Kiels als Einkaufsstadt. Hier ist durch die Industrie- und Handelskammer noch sehr viel zu tun und schließlich das leidige Thema der Verbesserung des Hotelwesens für den internationalen Fremdenverkehr.

Sprechen wir von der wirtschaftlichen Note, so muß man unter neuen Überlegungen naturgemäß auch an den Wiederaufbau denken. Gegenüber der Zeit vor 10 Jahren und gegenüber den Folgejahren haben wir eben an Attraktion verloren. Wir müssen berücksichtigen, daß der Wiederaufbau-Vorsprung vorbei ist und daß es im wesentlichen bei dem Thema damals und heute bleibt, und gerade dieses Thema ist deshalb nicht mehr so attraktiv, weil die Leute von Trümmern nichts mehr hören wollen. Aus einer Auslandsnotiz gebe ich folgenden Satz wieder: "Eine Dummheit habe ich überall in Deutschland gefunden, eine Krankheit, die auch die Kieler haben, daß man immer die Fremden von den Ruinen unterhält. Wir verstehen den berechtigten Stolz über die neue Stadt, aber sind des Trümmergeredes müde."

Ich halte nunmehr auch den Zeitpunkt für gekommen, auch die Frage der Ehrengäste neu zu überprüfen. Dies ist ja auch in den letzten Jahren eine Angelegenheit gewesen, die sozusagen nach Vorgang bearbeitet worden ist. Einmal müssen wir die Frage nach Gästen von Amts wegen erneut überprüfen, und dann muß die Frage geprüft werden, ob die spezielle Kapazität auf einem besonderen Fachgebiet irgendwie im Sinne des von mir aufgezeichneten Kurses attraktiv ist. Häufig ist es der berühmte Mann,

den keiner kennt. Man müßte, das glaube ich, die Auswahl ganz speziell im Sinne der Grundsatzausführungen überprüfen, wenn man diesen grundsätzlichen Kurs für richtig hält.

Wir müssen auch zu einer Überprüfung der Mitwirkung der Universität übergehen. Die Nachteile waren, daß die sicherlich berühmten Professoren außerhalb ihres Fachgebietes keine Mitarbeit leisteten. Es fehlte der leitende, lenkende Gedanke. In bezug auf diese Veranstaltungen muß man wohl von einem offenen Versagen sprechen. Es muß ein neuer, ordnender Gedanke, von mir aus gesehen im Sinne meiner Grundsatzvorschläge, gefunden werden.

Beim Kulturpreis ist nach meiner Meinung die Frage, ob wir auch weiterhin mal hier, mal dort zu hohen Leuten greifen sollen. Ob etwa solche Leute (Nolde) noch durch den Kulturpreis zu fördern sind, oder ob im Sinne meiner Grundsatzvorschläge nicht förderungswürdige Künstler, Wissenschaftler, Techniker, aus dem nordeuropäischen Raum in Frage kämen.

Vielen von uns ist während der Kieler Woche wohl erst bewußt geworden, daß das Kieler-Woche-Plakat dieses Mal eine rein grafische Lösung gewesen ist. In seiner Buntheit ist es wohl doch in der praktischen Werbeanleitung untergegangen und wohl doch nicht der Blickfang gewesen. Wir müssen leider sagen, daß wir aus dem Experimentieren noch nicht heraus sind. Wir haben zunächst Around-Kreise beschäftigt. Dann haben wir einen kleineren Kreis eingespannt, und jetzt wird mir der neue Vorschlag gemacht, einen anerkannten Mann zu suchen und damit zum Einmannsystem überzugehen. Dieser Mann hätte mehrere Vorschläge zu machen, und man ist der Ansicht, daß man auf diese Weise im Grunde noch billiger davon kommt. Vorher sollten wir unseren eigenen Grafiker zur Mitarbeit auffordern.

Ich komme zum Schluß zu den Einzelveranstaltungen. Ich führe sie hier nur deshalb auf, weil ich an der einen oder anderen Stelle auch noch auf das Grundsatzthema zurückkommen möchte. Am Sonnabend sollte also vor der

konzentrierten Veranstaltung um 18.00 Uhr der Verbandstag des Landessportverbandes sein. Der Herr Landessportverbandsvorsitzende hat mir gesagt, daß er schon jetzt als Exponent um eine bedeutende Sportpersönlichkeit bemüht sei.

An Sonntag soll die Eröffnung der neu hergestellten Kunsthalle erfolgen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an diejenigen Damen und Herren, die von Ihnen an der Kulturarbeit mitwirken, die Bitte richten, sich doch in Ihrer Ausschubarbeit um eine sichtbare Beteiligung der Stadt an dem neuen Werk zu bemühen. Es wird sich um eine Stiftung, etwa um ein Kunstwerk zugunsten der Kunsthalle, handeln. Wir haben in Kiel, auch das darf ich wohl in diesem Kreise aussprechen, so wenig zu bieten, und das wenige, was wir besitzen, sollten wir fördern. Wir wollen nicht übersehen, daß die Kunsthalle für uns auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein wichtiger Anziehungspunkt von Auswärtigen ist, die unsere Stadt für dienstliche Besuche oder die unsere Stadt als Einkaufsstadt aufsuchen.

Am Sonntag soll dann die Ruderregatta erfolgen. Von den anderen von mir erwähnten Plänen ist zunächst noch zu schweigen. Die Ellerbeker Fischer planen Schausegeln und eine Segelregatta, und am Abend soll, da dieses Mal die Ostseehalle nicht mit Ausstellungen besetzt ist, ein Symphoniekonzert stattfinden. Am Dienstag soll im Stadttheater das finnische Ballett tanzen, am Mittwoch würde das Regattaessen stattfinden, am Donnerstag wäre neben dem Empfang des Diplomatischen Corps eine Vortragsveranstaltung der Gewerkschaften bemerkenswert. Am Freitag wäre die öffentliche Veranstaltung der Kirchen, am Sonnabend das große Segeln und am Sonntag das Volksfest auf der Krusekoppel.

Ich komme nun zum Schluß meines Vortrages. Ich habe Ihnen die weiteren Einzelveranstaltungen nicht aufgezählt, einmal weil wir sie noch nicht alle terminmäßig festgelegt haben, andererseits aber auch deshalb, weil Technisches noch von der erbetenen Grundsatzentscheidung abhängt.

Das Verfahren wird nach meinen Vorstellungen jetzt so sein, daß nach einer etwaigen Diskussion die Verweisung an die Fraktionen erfolgt, daß dann der Magistrat erneut berät und daß schließlich dann die Beratungsergebnisse in die Ratsversammlung kommen.

Um die Arbeit zu erleichtern, wird Ihnen schon in den nächsten Tagen ein vollständiges Wortprotokoll dieses Vortrags übersandt werden.

Anwesenheitsliste

Sitzung der Ratsversammlung am 13. 12. 1957

Lfd. Nr.	N a m e	Unterschrift
1.	Stadtrat Bade	Bade
2.	Ratsherr Beth	Beth
3.	Ratsherr Book	Book
4.	Stadträtin Brodersen	Brodersen
5.	Ratsherr Drews	Drews
6.	Ratsherrin Franke	Franke
7.	Ratsherrin Franzius	Franzius
8.	Ratsherrin Hansen	Hansen
9.	Stadtrat Hartmann	Hartmann
10.	Ratsherr Herbst	Herbst
11.	Ratsherr Hildebrand	Hildebrand
12.	Stadträtin Hinz	Hinz
13.	Ratsherr Dr. Kasch	Kasch
14.	Stadtrat Köster	Köster
15.	Stadtrat Kowalewsky	Kowalewsky
16.	Ratsherrin Kremer	Kremer
17.	Ratsherr Dr. Krieger	Krieger
18.	Ratsherr Lüdemann	Lüdemann

Lfd. Nr.	N a m e	Unterschrift
19.	Stadtrat Lühr	<i>Lühr</i>
20.	Ratsherr Lütgens	<i>Lütgens</i>
21.	Ratsherr Marth	<i>Marth</i>
22.	Stadtrat Dr. Meier-Bant	<i>Meier-Bant</i>
23.	Ratsherr Neumann	<i>Neumann</i>
24.	Ratsherr Nolte	<i>Nolte</i>
25.	Ratsherr Ostrowicz	<i>Ostrowicz</i>
26.	Ratsherr Pfaff	<i>E.</i>
27.	Ratsherr Ratz	<i>E.</i>
28.	Ratsherr Renger	<i>Renger</i>
29.	Stadtrat Ritter	<i>Ritter</i>
30.	Ratsherr Dr. Rüdell	<i>E. Rüdell</i>
31.	Stadtrat Schatz	<i>Schatz</i>
32.	Ratsherrin Schröder	<i>Leug. Schröder</i>
33.	Ratsherr Schröder	<i>Schröder</i>
34.	Stadtrat Schubert	<i>Schubert</i>
35.	Ratsherr Sichelschmidt	<i>Sichelschmidt</i>
36.	Stadtpräsident Dr. Sievers	<i>D. Sievers</i>
37.	Ratsherr Stams	<i>Stams</i>
38.	Ratsherr Steinert	<i>Steinert</i>
39.	Ratsherr Thaddey	<i>Thaddey</i>
40.	Ratsherrin Vormeyer	<i>Vormeyer</i>
41.	Ratsherrin Wallbaum	<i>Wallbaum</i>
42.	Ratsherr Dr. Wersin	<i>Wersin</i>
43.	Ratsherr Westphal	<i>Westphal</i>
44.	Ratsherr Willumeit	<i>Willumeit</i>
45.	Ratsherr Winkelmann	<i>Winkelmann</i>

Erklärung der Fraktion Kieler Block zum
Theaterhaushalt 1958

Die Fraktion ist sich der Verantwortung bewußt, die sie mit der Annahme dieses Haushaltes der Bürgerschaft gegenüber einnimmt. Die eingehende Überprüfung des vorliegenden Haushaltes hat ergeben, daß er im Ansatz überaus maßvoll und sparsam aufgestellt ist. Er enthält keine Möglichkeiten zu weiteren Einsparungen.

Die Fraktion Kieler Block sieht sich daher nur noch vor die Frage gestellt, ob sie den Haushalt in der vorliegenden Form annehmen oder durch Ablehnung das Theaterleben in Kiel zum Erliegen bringen soll. Damit wäre eine unter großen Opfern durchgehaltene 50-jährige Tradition aufgegeben. Unsere Stadt besäße dann in Zukunft kein Theater mehr. Sie hätte auch nicht die Möglichkeit, es in absehbarer Zeit wieder erstehen zu lassen. Der Kieler Block ist deshalb der Meinung, eine solche Entscheidung nicht verantworten zu können. Er ist vielmehr der Überzeugung, daß eine Großstadt die selbstverständliche Verpflichtung hat, für die Pflege der Kultur zu sorgen und für kulturelle Aufgaben finanzielle Opfer zu bringen. Bei einer Universitäts- und Landeshauptstadt muß diese Verpflichtung besonders ernsthaft und bereitwillig getragen werden. Das Theater- und Konzertwesen zu pflegen, ist eine der wichtigsten kulturellen Aufgaben. Denn es verleiht einer Stadt das kulturelle Gesicht und vermittelt in reichem Umfang geistige Werte, ohne die das Leben verflacht und Kiels Ansehen in der Wertskala der Städte sinkt. Das aber können wir nicht verantworten. Es würde auch neben dem künstlerischen und kulturellen Verlust eine Beeinträchtigung der Entwicklung auf vielen Gebieten und wirtschaftliche Nachteile - besonders im Fremdenverkehr - bedeuten. Schließlich würde daraus auch eine Minderung der örtlichen kulturellen Basis unserer Universität folgen, deren Gedeihen dem Kieler Bürger zu allen Zeiten sehr am Herzen gelegen hat.

Die Stadt Kiel will ihre kulturellen Verpflichtungen weiterhin erfüllen. Sie muß aber die Landesregierung mit allem Nach-

druck bitten, mehr als bisher die finanziellen Lasten tragen zu helfen. Ihr Interesse an der Erhaltung des Theaters und Orchesters in der Universitäts- und Landeshauptstadt sollte ebenso groß sein wie das der Stadt Kiel. Als vordringlichstes sollte endlich der Landeszuschuß für das Kieler Theater- und Konzertleben den steigenden Kosten angepaßt werden. Er ist seit 8 Jahren unverändert geblieben, während die städtischen Lasten in der gleichen Zeit auf das 2 1/2-fache angewachsen sind.

Wir appellieren daher an Landtag und Landesregierung, durch Erhöhung des Landeszuschusses für 1958 ihren Teil an der Sicherung des Fortbestehens der Bühnen der Landeshauptstadt zu tragen.

In der Erwartung, daß die Regierung sich diesem Appell nicht verschließt, stimmt die Fraktion Kieler Block dem neuen Theaterhaushalt zu.

Stellungnahme des Ratsherrn Stams für die SPD zum
Theater-Haushalt 1958

Meine Damen und Herren,

ich habe die Ehre, im Namen meiner Fraktion Ihnen und den Kieler Bürgern unsere Überlegungen und Entschlüsse zum Theater-Haushalt vorzutragen.

Um nicht zu wiederholen und zu langweilen, kann ich mich bei der Behandlung des Haushaltes selbst ziemlich kurz fassen und mich auf einige wenige Punkte beschränken. Ich werde Sie aber bitten müssen, mir für etwas längere Zeit zu folgen, wenn ich mich im zweiten Teil meiner Ausführungen mit einigen kulturpolitischen Fragen befasse, die meine Fraktion im Zusammenhang mit dem Theater-Haushalt vorzutragen wünscht.

Die Haushaltsrechnung ist gut und sorgfältig aufgemacht, sie ist mit instruktiven Anlagen versehen, so daß jeder, der sich in dieses Zahlenwerk versenkt, ein umfassendes Bild der finanziellen Situation des Theaters erhält.

Als erfreulich ist festzustellen, daß nach vorsichtigen Berechnungen die Unterhaltung des Theaters in der Holtenuer Straße keine Erhöhung des Theaterzuschusses im laufenden Haushalt bringen wird, weil die höheren Einnahmen die höheren Ausgaben decken werden.

In den Einnahmen der Haushaltsrechnung ist der Zuschuß des Landes mit 435.000 eingesetzt worden.

Als im Jahre 1950 der Zuschuß der Stadt 921 000 betrug, gab das Land 350 000. Das waren damals 28 Prozent des Gesamtzuschusses. Heute beträgt der städtische Zuschuß 2 037 000, der des Landes nach der Vorlage 435 000. Das sind nur noch 18 Prozent des Gesamtzuschusses. Blicke es aber bei 335 000 Zuschuß des Landes, dann wären es gar nur 14 Prozent.

Diese Feststellung berechtigt und verpflichtet uns zu einem erneuten Appell an die Gremien des Landtages, unsere sehr bescheidene Bitte um Erhöhung des laufenden Zuschusses im Jahre 1958 auf 435 000 zu erfüllen. Darüber hinaus glauben wir aber die Berechtigung zu haben, zu erwarten, daß aus den gleichen Gesichtspunkten, die ich nachher zur Kulturpolitik meiner Fraktion vorzutragen habe, das Land seine Beteiligung am Zuschuß des Theaters der Landeshauptstadt in ein angemessenes Verhältnis zu den Steigerungen bringt, die die Stadt seit 1950 hat hinnehmen müssen.

Ich habe mit Freude aus der Presse entnommen, daß sich die SPD-Fraktion des Landtages der Frage der Theaterzuschüsse bei den Haushaltsberatungen wohlwollend annehmen will. Wenn Ihnen, meine Damen und Herren vom Kieler Block, bei Ihren politischen Freunden im Landtage dasselbe gelingt, dann sollten wir auf einen Erfolg hoffen können.

Der städtische Zuschuß hat nun mit 37 000 Mark die Zweimillionengrenze überschritten. Er ist damit wiederum um 140 000 höher als im vorigen Jahre und mehr als doppelt so hoch wie 1950. (Steigerung 132 Prozent)

Bei den Ausgaben stellen wir fest, daß 76 Prozent Personalkosten sind und daß sechs Prozent der Zinsen- und Kapitaldienst ausmacht, daß also 82 Prozent der Ausgaben zwangsläufig festliegen, wenn man sich nicht entschließt, ganz grundsätzliche Veränderungen vorzunehmen.

Von den Personalkosten für 314 Personen sind mehr als 70 Prozent tarifgebunden.

Ich will damit sagen, daß auch wir der Ansicht sind, daß mit dem Rotstift allein bei diesem Haushalt nichts zu machen ist.

Bei dieser Lage mußte man sich die Frage stellen, ob durch einschneidende Veränderungen Einsparungen möglich sind.

Die Prüfung der oft überlegten Frage, ob durch eine gemeinsame Oper für Kiel, Lübeck und Flensburg, oder nur für Kiel und Lübeck größere Einsparungen bei gleichbleibendem künstlerischen Niveau möglich sind, hat zu einem negativen Ergebnis geführt. Außerdem lehrt die Erfahrung, daß solche Opern-Ehen auch bei räumlich viel günstigeren Verhältnissen selten glücklich und befriedigend sind und nicht zur Nachahmung ermutigen.

Die sehr schwerwiegende Frage, ob durch Aufgabe der besonders kostspieligen Kunstgattungen angemessene Ersparnisse erzielt werden können, mußte auch sorgfältig geprüft werden. Auch diese Prüfung ist erfolgt. Ihre Ergebnisse rechtfertigen nach unserer Auffassung nicht einen Entschluß, der für das Kunstleben unserer Stadt von größter Tragweite sein würde.

Auch einer weiteren Erhöhung der Eintrittspreise glauben wir nicht zustimmen zu können, weil wir von ihr keine Einnahmesteigerung erwarten können.

Die voll zahlenden Theaterbesucher weichen dann in die niederen Preisgruppen aus, auf den teuren Plätzen sitzen die Schüler und Studenten.

Wir haben nach unserer Auffassung mit der Erhöhung der Preise in diesem Jahre vorerst die obere Grenze erreicht.

Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß wir dem Theater-Haushalt nur dann zustimmen dürfen, wenn wir gleichzeitig sicherstellen, daß sich die bisher 325 000 Theaterbesucher, die sich nach Wiedereröffnung der Holtenauer Straße hoffentlich auf etwa eine halbe Million in einer Spielzeit steigern werden, recht breit über alle Schichten unserer Kieler Bürger streuen.

Die Frage, ob wir einem Theaterzuschuß von mehr als zwei Millionen Mark aus Mitteln des städtischen Haushaltes zustimmen könnten, war deshalb vor allem Anlaß für meine Fraktion, sich eingehend darüber klar zu werden, ob der grundsätzliche Standpunkt der sozialdemokratischen Partei zur Kulturpolitik einen so hohen Zuschuß rechtfertigt, oder ob es in unserer heutigen Zeit andere, in unserer Stadt noch nicht hinreichend gelöste

Aufgaben gibt, die eine Ablehnung dieses Theaterhaushaltes erfordern.

Da es auf dem Gebiete des Schulbaues, der Beseitigung der Barackenlager, des Wohnungsbaues, des Baues von Jugendheimen, Altersheimen, Turnhallen, Spiel- und Tummelplätzen, des Straßenbaues und vieler anderer dringender noch ungelöster Probleme noch viele Aufgaben von größter Bedeutung gibt, ist uns die Entscheidung über den Zwei-Millionen-Zuschuß des Theaters bitter schwer geworden.

Die Bürger unserer Stadt sollen es wissen, daß dies hier für uns alle eine sehr schwere Entscheidung ist.

Wenn meine politischen Freunde und ich, wenn wir uns trotzdem mit Mehrheit dazu durchgerungen haben, bereit zu sein, in gemeinsamer Verantwortung mit Ihnen, meine Damen und Herren vom Kieler Block, diesem Haushalte zuzustimmen, so geschieht dieses wegen unserer grundsätzlichen Auffassung zu den kulturellen Aufgaben im allgemeinen und zu den kulturellen Aufgaben unserer Stadt im besonderen.

Wir befinden uns in einer Haushalts-Debatte. Es geht um einen Haushaltansatz, der die Stadt mehr als zwei Millionen Mark kostet, es geht um den größten Posten des städtischen Haushaltes 1958 für kulturelle Aufgaben.

Als Sprecher meiner Fraktion will ich daher heute in meinen folgenden Ausführungen dieser hohen Ratsversammlung und vor allen Dingen den Bürgern unserer Stadt die grundsätzliche Auffassung meiner Fraktion zu den kulturpolitischen Aufgaben unserer Stadt, der Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins vortragen.

Wenn wir die Geschichte der Völker studieren, dann finden wir, daß ihre höchste Blüte stets an den höchsten Leistungen auf den Gebieten der Kunst und der Wissenschaften gemessen wird, ja, daß ganze Geschichtsepochen mit den Kulturepochen ihrer Zeit bezeichnet werden. Und immer haben die Völker, die wir zu den Kulturvölkern zählen, durch die Verbundenheit ihrer Menschen mit den schönen Künsten und den Wissenschaften diesen Betätigungen des Menschengestes ihre Impulse gegeben. Dafür haben die

Künstler und die Gelehrten ihre Zeiten und die Erinnerungen an ihre Zeitgenossen durch ihr Vorhandensein und durch ihre Leistung geadelt, und die Nachwelt steht noch nach Jahrhunderten, ja nach Jahrtausenden voll Staunen und voll Bewunderung vor solchen Denkmälern der Kunst.

Wie arm wären wir heutigen Menschen, wenn wir nicht jenes Erbe der kulturellen Leistungen versunkener Generationen in der Malerei, der Bildhauerei, den Bauwerken, der Dichtkunst, der Musik oder der Philosophie unser eigen nennen könnten.

Wenn wir heute die Verluste beklagen, die uns der letzte Krieg zugefügt hat, so sind es doch außer dem Verlust ostdeutschen Heimatbodens vor allem die nie wieder zu ersetzenden Kulturdenkmäler unseres Volkes, um die wir trauern.

Diese Kulturgüter gehören uns allen, gleich, welches Volk sie hervorgebracht hat, sie gehören uns allen, wenn wir uns ihrer bewußt sind, wenn wir sie pflegen und uns ihrer freuen.

Es kommt nur darauf an, daß die Menschen bereit sind, diese unvergänglichen Güter als ihren Besitz zu betrachten, ihn zu pflegen und sich an ihm zu freuen.

Wir Sozialdemokraten meinen, daß diese Universalität der Kunst, die Tatsache, daß der Künstler und sein Werk allen Menschen gehört, auch für die Menschen eine Verpflichtung ist, die schönen Künste und die Wissenschaften in ihre besondere Obhut zu nehmen, sie zu pflegen, sie zu fördern, ihre Betätigung zu ermöglichen.

Die Kunst verdankt den früheren Fürstenhäusern viel. Was wäre die Renaissance ohne die italienischen Fürstenhöfe der Medici, der Este, der Sforza.

Wo gäbe es ein deutsches Kulturtheater ohne die Förderung der Fürstenhöfe.

Wo wären die gewaltigen Dome der romanischen und der gotischen Kunstepoche ohne die Förderung der Kirche.

Und auch die Republiken schon der Antike waren Förderer der Wissenschaften und der Künste.

In unserer Zeit ist die Pflege der Kunst und der Wissenschaft eine öffentliche Aufgabe geworden. Sie ist, so meinen wir, ebenso wichtig wie andere Aufgaben, die nur von der Allgemeinheit bewältigt werden können.

Ich sagte schon, daß das große Kunstwerk Eigentum der ganzen Menschheit ist. Indem sich die der Kunst und Bildung aufgeschlossenen Menschen aller Völker an ihm freuen, indem sie es als ihren gemeinsamen geistigen Besitz betrachten, dient der Künstler und sein Werk durch gemeinsame Freude dem gegenseitigen Verstehen und damit dem Frieden.

Wir meinen, daß alle Dinge, mit denen wir der Freude, dem Verständnis der Menschen untereinander und dem Frieden dienen, gute Dinge sind. Meine Damen und Herren, es schiene mir die Aufgaben unserer Zeit auf dem Gebiete der Kultur nur halb begriffen und erfüllt zu haben, wenn wir uns begnügen wollten, die kulturellen Güter, die uns unsere Vorfahren als Erbe hinterlassen haben, zu pflegen.

Unsere Aufgabe erfüllen wir erst vollkommen, wenn wir nicht nur Kultur pflegen, sondern wenn wir auch Kultur schaffen.

Neben den ewigen Menschheitsproblemen von Leben und Tod, von Liebe und Haß, von Freude und Not ist unsere Zeit so voller Dynamik, steckt so voll von neuen erregenden und unser herkömmliches Denken revolutionierenden Problemen, daß sie, wie selten eine, geeignet ist, die Phantasie unserer Künstler und Denker zu faszinieren und zu beflügeln.

Fördern wir also auch die Kunst und die Wissenschaft unserer Heutigen, damit wir uns als Erben großer kultureller Vergangenheiten bewähren.

In Erkenntnis der Verpflichtungen aus einer großen kulturellen Vergangenheit,
In Erkenntnis der Verpflichtungen zur Gestaltung des kulturellen Ausdrucks der Gegenwart,

in Erkenntnis der Bedeutung der Kulturpflege für den Frieden und in der Erkenntnis, daß ein Volk den besten Teil seines Selbst aufgeben würde, wenn es die Pflege der Kultur vernachlässigen würde, bekennt sich meine Fraktion dazu, die Aufgaben der Kultur als wichtige kommunalpolitische Aufgaben zu werten.

Wenn wir nach dieser allgemeinen kulturpolitischen Betrachtung nun konkret prüfen, welche Aufgaben unsere Stadt als Kulturaufgaben erfüllen sollte, so scheinen mir hierfür die besondere geographische Lage unserer Stadt und die besonderen, wiederkehrenden Ereignisse im Leben unserer Stadt für ihre Aufgaben im Bereiche der Kulturpflege bestimmend zu sein.

Wir werden uns nachher - leider in der nichtöffentlichen Sitzung - mit den besonderen Aufgaben unserer Stadt auch auf dem kulturellen Sektor für die nächste "Kieler Woche" zu befassen haben.

In meiner jetzigen Rede zur Kulturpolitik sei nur grundsätzlich gesagt, daß wir allergrößten Wert darauf legen, daß die "Kieler Woche" neben und im Rahmen ihrer schönen sportlichen Veranstaltungen zugleich auch vom kulturellen Willen und der kulturellen Leistung unserer Stadt durchdrungen sein soll.

Es ist klar, daß die geographische Lage unserer Stadt als der nördlichsten Hauptstadt der Bundesrepublik uns in unseren kulturellen Beziehungen besonders eng mit den Völkern Skandinaviens und des Ostseeraumes verbindet.

Die Pflege des Kulturgutes des europäischen Nordens, wird daher besondere Aufgabe unserer Stadt sein.

Und vergessen wir hierbei eines nicht. Schleswig-Holstein ist auch heute noch das Land der Vertriebenen und Flüchtlinge. Noch ein Drittel seiner heutigen Menschen wurden aus ihrer ostdeutschen Heimat vertrieben.

Auch Danzig, Königsberg, Tilsit und Memel liegen an der Ostsee. Simon Dach, Max von Schenkendorff, E.T.A. Hoffmann, Arthur Schopenhauer, Immanuel Kant, Lovis Korinth, Käthe Kollwitz, wurden dort geboren oder haben dort gelebt. Das

sind nur einige Namen des unmittelbaren Ostseeraumes.

Hier ist unserer Stadt als einem aktiven Gemeinwesen an der Ostsee, als der Hauptstadt des Flüchtlingslandes der Bundesrepublik eine ganz große Aufgabe gestellt. Hier gilt es, ein ehrwürdiges, jahrtausende altes Kulturerbe zu wahren, zu pflegen und zu erhalten.

Es gibt aber noch einen dritten Grund, der unsere Stadt zur kulturellen Leistung besonders verpflichtet und auch qualifiziert. Das ist die Tatsache, daß Kiel auch Universitätsstadt ist.

Es würde den Körperschaften unserer Stadt zur Ehre gereichen und für Universität und Stadt von gegenseitigem Nutzen sein, wenn das Band zwischen beiden recht eng geknüpft wird.

Meine Freunde und ich bedauern es daher aufs tiefste, daß sich dieses Band - vor allem auf dem Gebiete der Kulturarbeit - im letzten Jahre merklich gelockert hat. Wir sind der Ansicht, daß der Kultursenat, der ja zum überwiegenden Teil von der Professorenschaft der Universität beschickt wird, wieder das Gewicht im Leben unserer Stadt erhalten muß, das ihm zukommt.

Der Magistrat und die Selbstverwaltung täten gut daran, sich des Rates dieses Gremiums in den Fragen der Kultur zu bedienen.

Jedenfalls knüpft meine Fraktion an ihre Stellungnahme zum Theater-Haushalt die Erwartung, daß die bedauerlichen Mißverständnisse und Verstimmungen, die diese Beziehungen noch belasten, möglichst bald ausgeräumt werden und daß wir uns in allen kulturellen Fragen der Stadt in Zukunft wieder dieses Gremiums hervorragender Bürger zum Nutzen für unsere Stadt bedienen.

Wenn ich mich nun dem Theater zuwende, dann brauche ich nach meinen Grundsatzausführungen die Forderungen und Erwartungen nicht näher zu begründen, die meine Fraktion an eine Bewilligung des Theaterhaushaltes knüpft.

Wir sind der Ansicht, daß das Theater nur dann den hohen Zuschuß wirklich rechtfertigt, wenn es ein echter Tempel der Kunst ist.

Als Unterhaltungs-Etablissement müßte es mit anderen Unterhaltungsstätten konkurrieren und Steuern bringen, aber nicht Steuern fressen.

Wir sind also der Ansicht, daß das Theater von einem unbändigen Willen zur kulturellen Leistung erfüllt sein muß, und zwar vom Intendanten an bis zum letzten Chargenspieler oder Chorsänger.

Wir sind der Ansicht, daß alle personellen und materiellen Maßnahmen der Intendanz und des Dezernenten nur diesem Ziele dienen dürfen.

Wir sind der Ansicht, daß eine hohe Ensemble-Leistung entwickelt werden muß, da wir uns kostspielige Stars ohnehin nicht leisten können.

Und wir sind der Ansicht, daß die Qualität der führenden Männer des Theaters in künstlerischer Hinsicht so groß sein sollte, daß sie wie Magneten die jungen und auch die reifenden Künstler anziehen, nur weil die Schauspieler und Sänger wissen, daß sie hier lernen können, daß sie hier zu einem hohen Künstlertum geführt werden.

Wir meinen auch, daß neben der Pflege der klassischen Kunst oder von Stücken des allgemeinen Repertoires sowohl im Schauspiel wie in der Oper mehr noch als bisher mutig Neuland beschritten werden sollte, damit unser Theater interessant wird, damit auch die Heutigen zu Worte kommen, damit wir nicht nur nachschaffen, sondern damit wir uns bemühen, zu gestalten.

Und ich bin der Ansicht, daß man da lieber einmal Durchfall und Pfiffe riskieren soll, als sich nicht an solche Sachen heranzutrauen.

Wir sind weiter der Ansicht, daß sich die Theaterleitung der Pflege des Problemstückes auf einer Studio-Bühne annehmen sollte und daß sie dabei dem Nachwuchs Gelegenheit geben sollte, künstlerisch zu reifen und Erfahrungen zu sammeln.

Und wenn ich dies alles aufzähle und mir die jetzige Situation unseres Theaters überlege, dann glaube ich, müssen wir feststellen, daß es in Kiel Zeiten an unserem Theater gab, in denen wir - äußerlich mit viel primitiveren Mitteln - künstlerisch aber den von mir aufgezeigten Wünschen und Idealen näher waren als jetzt.

Ich will nicht ungerecht sein, wir haben auch in den letzten Jahren gute Leistungen gesehen, ja es gab Aufführungen, die im Bühnenbild, in der Regie, in der Ensemble- und in der Einzelleistung ausgezeichnet waren.

Aber, meine Damen und Herren, jenes verzehrende Feuer zur großen künstlerischen Leistung, jenes Ausfeilen der Regie bis in die letzten Feinheiten und jene geistige Durchdringung des Stoffes und seiner Darstellung bis in die letzten Tiefen, die nicht nur Privilegien größerer und reicherer Bühnen sind, sondern die Ausdruck wirklichen Künstlertums sind, die müssen wir nach unserer Auffassung oft vermissen.

Diese Kritik soll nicht niederziehen, sondern sie soll konstruktiv sein. Wir haben aufgezeigt, was wir entbehren, Wir hoffen und wünschen, daß diese Hinweise aufbauend und anfeuernd wirken.

Im Theaterhaushalt verabschieden wir auch die Aufwendungen für das Orchester.

Wir glauben, daß auch das Musikleben unserer Stadt neue Impulse braucht.

Wir loben den Intendanten, daß durch seine Initiative das Konzertleben unserer Stadt durch die Jugendkonzerte wirksam bereichert wurde. Wer diesen Konzerten beigewohnt hat, wird mir zugeben, daß sie für Pfennige eine echte kulturelle Leistung für unsere Jugend sind.

Das ist ein guter Weg.

Wir hoffen, daß die Verlegung der Sinfonie-Konzerte in das große Haus nach Wiedereröffnung der Holtenuer Straße dem Konzertleben unserer Stadt neuen Auftrieb geben wird.

Ich appelliere hier an unsere musikliebenden Kieler Bürger.

Der Kieler Musikverein, der traditionelle Träger dieser Konzerte, dem die Stadt das Orchester zur Verfügung stellt, hat für eine Stadt von mehr als 1/4 Million Einwohner, für eine Universitätsstadt, für den Sitz der Landesregierung für einen immer größere Bedeutung gewinnenden Handels- und Industrieplatz viel zu wenig Mitglieder. Die Abonnements der Mitglieder tragen aber die kulturellen Bemühungen des Vereins. Auf sie muß er seine finanziellen Dispositionen vor allem abstützen.

Der Kieler Musikverein braucht neue Mitglieder und Abonnenten.

Da ich soeben das Theater- und Musikleben unserer Stadt kritisiert habe, möchte ich mich auch noch mit der Theater-Kritik selbst befassen.

Meine Damen und Herren, es liegt im Wesen der Kritik, daß sich die Betroffenen freuen oder ärgern, je nachdem, ob sie gelobt oder getadelt werden.

Und es gehört zu den Fundamenten eines freiheitlichen Staatswesens, daß Meinung und Kritik frei geäußert werden können, gleichgültig, ob sie uns gefällt oder mißfällt.

Wenn dieser Grundsatz als Voraussetzung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung für alle Bereiche des öffentlichen Lebens anerkannt ist, dann muß er im besonderen gültig sein auf dem Gebiete der Kunst.

Der Künstler braucht die Kritik wie das tägliche Brot. Ohne sie ist er ein Nichts, mit ihr wächst er, steigert seine Kunst, vervollkommnet sich immer mehr, auch - oder gerade - indem die Kritik ihn tadelt.

Es ist daher eine schlechte Sache, wenn Dezernent und Theaterleitung den Versuch unternehmen, besonders unserer theaterfreudigen und theaterkritischen Jugend, vor allem der akademischen Jugend, einen Maulkorb umzuhängen, oder gar auf sie einen Druck auszuüben.

Wir erwarten, daß diese Ereignisse als Fehler erkannt sind und in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Es lag meiner Fraktion daran, Ihnen, meine Damen und Herren, und unseren Kieler Bürgern, durch grundsätzliche Ausführungen zur Kulturpolitik unserer Stadt klar zu machen, weshalb wir uns nach vielen und sehr begründeten Bedenken doch für eine Annahme dieser Vorlage entschieden haben.

Wir hoffen, daß auch die parlamentarischen Gremien des Landes dieser Haltung der Körperschaften ihrer Landeshauptstadt die Anerkennung nicht versagen und ihr durch Anpassung des Landeszuschusses an die verdoppelten städtischen Zuschüsse gebührend Rechnung tragen.

Meine Fraktion bekennt sich erneut zum Theater.

Meine Fraktion bekennt sich zum Kultur-Theater für jedermann und damit besonders zu den Bestrebungen der Volksbühne.

Meine Fraktion bekennt sich zu den großen bildenden und erzieherischen Werten des Theaters und damit zur Jugend-Bühne. Dabei wollen wir auch nicht die vielen jungen Soldaten vergessen, die jetzt nach Kiel gekommen sind und - wenn auch nur vorübergehend - Bürger unserer Stadt sind. Auch ihnen möchten wir für eine wertvolle Gestaltung ihrer Freizeit den recht häufigen Besuch unserer Theater ermöglichen.

Meine Fraktion bekennt sich also zur Pflege der Kunst als kommunale Aufgabe und ist bereit, gemeinsam mit Ihnen, meine Damen und Herren vom Kieler Block, den Theater-Haushalt anzunehmen.

Kurz Niederschrift

über die Sitzung der Ratsversammlung
am 13. Dezember 1957

Beginn: 15.00 Uhr Ende: 17.00 Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Sievers

Schriftführer: Ratsherr Pfaff

Anwesend: Stadträte: Bade, Frau Brodersen, ~~Hartmann~~, Frau
Hinze, ~~Köster~~, Kowalewsky, Lühr, Dr. Meier
Bant, Ritter, Schatz, Schubert

Ratsherren: Beth, Book, Drews, Frau Franke, Frau
Franzius, Frau Hansen, Hildebrand, Herbst
Dr. Kasch, Frau Kremer, Dr. Krieger, ~~Lüde-~~
~~mann~~, Lütgens, Marth, Neumann, Nolte,
~~Pfaff~~, Ostrowicz, ~~Ratz~~, Renger, ~~Dr. Rüd-~~
~~Schröder~~, Frau Schröder, Sichelschmidt,
Stams, Steinert, Thaddey, Frau Vormeyer,
Frau Wallbaum, Dr. Wersin, Westphal,
~~Willumeit~~, Winkelmann

Es fehlen Stadtrat Hartmann, Stadtrat Köster,
entschuldigt: ~~Ratsherr Lüdemann~~, Ratsherr Pfaff,
Ratsherr Ratz, ~~Ratsherr Willumeit~~

Es fehlen Ratsherr Lüdemann, Ratsherr Willumeit
unentschuldigt:

Ausschluß von Ratsherren
wegen Befangenheit:

Anwesende Oberbürgermeister Dr. Mithling, Bürger-
des Magistrats: meister Dr. Fuchs, Stadtbaurat Prof. Jensen
Stadtschulrat Dr. Hoffmann, Stadträte:
Borchert, ~~Engert~~, Langbehn

Anwesende Magistratsdirektor Koeppen, Magistrats-
der Verwaltung: syndikus v. Germar, Magistratsoberräte:
Gabriel, Dr. Kopp, Materne, Puls, ~~Dr.~~
~~Schröter~~, Dr. Willing, Mag. Räte: Dröpper,
Müller, Stadtmedizinalrat Dr. Papenberg,
Mag. Schulräte Dr. Schütze u. Meibohm, Mag.
Baudirektoren Schroeder, Sauer, Willing,
Mag. Ob. Bauräte: Derow, Schnoor, Schulze,
Mag. Baurat Becker, ~~Direktor Voss~~, Re-
ferent Witte, ~~Betr. Dir. Schulz~~, Intendant
Dr. Meyer, ~~Bürgermeister Ewers~~, ~~Suchsdorf~~

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

Die gestellten Anträge:

Beschluß:

- 3. Der vorgelegte Haushaltsplan für die Bühnen der Landeshauptstadt Kiel - Theater, Orchester und Förderung der Musikpflege - (Haushaltsabschnitt 33) für das Rechnungsjahr 1958 mit einem städtischen Gesamtzuschuß einschl. Zinsen- und Schuldendienst von 2.037.717,-- DM wird genehmigt.

Beschluß:

Nach Antrag

Beschluß:

- 4. Das im Schulbauprogramm 1958 vorgesehene Schulbauvorhaben in Pries-Friedrichsort wird als Anbau an der Fritz-Reuter-Schule durchgeführt.

Beschluß:

Nach Antrag

Beschluß:

Nach Antrag

- 5. Von den bei V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 82.000,-DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 231/1232 - Wiederaufbau der Hebbelschule, II. Bauabschnitt, 2. Rate - Baukosten, bereitgestellt.

Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - 1957 -	28.700,--	DM
Kommunaldarlehen	53.300,--	DM
	<hr/>	
	82.000,--	DM

Beschluß:

Nach Antrag

6. Auf Vorschlag des Lehrerkollegiums und der Leitung der Hermann-Löns-Mittelschule erhält die Schule den Namen Freiherr-vom-Stein-Schule - Mittelschule in Kiel-E'hagen.

Beschluß:

Beschluß:
Nach Antrag

7. Die Stadt Kiel tritt dem neu zu gründenden Zweckverband "Versorgungsheim Gettorf" bei.

Beschluß:

Zurückgestellt

8. Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle V 7021/1621 "Regenwasservorflutkanal zur Kopperpähler Au für das Baugebiet der Elac" werden außerplanmäßig 45.000 DM bereitgestellt. Die außerplanmäßige Ausgabe ist in den Nachtragshaushaltsplan für 1957 einzubeziehen. Mit den Arbeiten kann bereits vor Verabschiedung des Nachtragshaushalts begonnen werden.

Beschluß:

Nach Antrag

9. I. Die Wahlzeit der folgenden Mitglieder von Beiräten usw. ist die Wahlzeit der Ratsversammlung:
1. der Schlichter der Vertriebenen-Schlichtungsstelle,
 2. die Mitglieder des Beirates für das Jugendaufbauwerk, welche die Ratsversammlung wählt;
 3. die Mitglieder des Beirates für Stadtgestaltung, abgesehen vom Stadtbaurat;
 4. der Vorsitzende und die Beisitzer der Spruchstelle für Wohnungssachen;
 5. die Mitglieder des Beirates bei der Kreislandwirtschaftsbehörde, welche die Ratsversammlung wählt
- und ihre Stellvertreter.

II. Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel sind bei nächster Gelegenheit entsprechend zu ändern.

III. Der Beschluß bezieht sich auch auf die gegenwärtigen Stelleninhaber.

Beschluß:

Nach Antrag

10. Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel vom 20. April 1950 erhalten folgenden neuen § 39 a:

§ 39 a

Beirat für Schlachthofbetriebe

Aufgaben

- (1) Der Beirat für Schlachthofbetriebe hat die Aufgabe, den Wirtschaftsausschuß bei grundsätzlichen Angelegenheiten der Schlachthofbetriebe beratend zu unterstützen. Er soll eine Verbindung zwischen dem Wirtschaftsausschuß und den Benutzern des Schlachthofes herstellen.
- (2) Dem Beirat gehören an
 1. das Mitglied des Magistrats, dem das Sachgebiet Schlachthofbetriebe zugeteilt ist, als Vorsitzender des Beirates; das Magistratsmitglied, das es in diesem Sachgebiet vertritt, ist stellvertretender Vorsitzender des Beirates.
 2. 3 Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, die von diesem gewählt werden,
 3. weitere Mitglieder, die Vorschlagslisten zu entnehmen sind, welche die folgenden 5 Benutzergruppen vorlegen können:
 - a) Die Ladenschlachter,
 - b) die Großschlachter und Importeure,
 - c) die Kopfschlachter, Darm- und Innereienhändler,
 - d) die Vieh- und Fleischagenturen,
 - e) die Fleischindustriellen;
 4. ein Arbeitnehmer der auf dem Schlachthof ansässigen nichtstädtischen Betriebe, der einer Vorschlagsliste zu entnehmen ist, welche die Vorsitzenden der Betriebsräte dieser Betriebe vorlegen können;

jede Vorschlagsliste zu 3 a bis e und 4 muß mindestens doppelt so viel Namen enthalten als zu wählen sind.

Der Wirtschaftsausschuß wählt die Mitglieder zu Nr. 2 für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Wirtschaftsausschuß und die Mitglieder zu Nr. 3 und 4 für die

Dauer der Wahlzeit der Ratsversammlung. Für die Mitglieder zu 2 bis 4 können in gleicher Weise stellvertretende Mitglieder vorgeschlagen und gewählt werden.

- Verfahren (3) Auf den Beirat, im besonderen auf seine Geschäftsführung, finden die Bestimmungen über die ständigen städtischen Ausschüsse 102 a) insbesondere mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung. In die Niederschriften über die Sitzungen des Beirates sind neben dem Rat der Mehrheit auch abweichende Rats schläge von Minderheiten aufzunehmen. Die Befragung des Beirates soll den Beschlußfassungen des Wirtschaftsausschusses vorangehen. Der Beirat kann die Teilnahme städtischer Verwaltungsangehöriger, die in einer Sitzung benötigt werden, bei dem für den Verwaltungsangehörigen zuständigen Magistratsmitglied beantragen; dem Antrag soll möglichst entsprochen werden. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Beirates, die Beachtung seines Rates zu überwachen.

102 a) § 36 ff GeschORats

Beschluß:

Nach Antrag

11. Die Dienstkräfte

- 1) Stadtoberinspektor Kurt Berger,
geb. am 22.6.1913,
- 2) Stadtoberinspektor Hans-Herbert Doose,
geb. am 31.5.1913,
- 3) Stadtoberbauinspektor Heinrich Steen,
geb. am 10.12.1909,
- 4) Stadtoberinspektor Johannes Würdemann,
geb. am 20.7.1904,
- 5) Stadtangestellter Friedrich Köhler-Franke,
geb. am 29.6.1909
- 6) Stadtangestellter Siegfried Weiße,
geb. am 25.3.1923,

werden als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes nach § 115 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein bestellt.

Beschluß:

Nach Antrag

12. In den Musterungsausschuß beim Kreiswehrrersatzamt Kiel werden für 1958 als Beisitzer gewählt:

N a m e	Vorname	Beruf	Wohnung
Stephan	Reinhold	Kriminalbeamter a.D.	Arkonastraße 4
Hagen	Kurt	Polizeibeamter z.W.	Wrangelstraße 50
Köberle	Klaus	Angestellter	Graf-Spee-Str. 41
Stams (Ratsherr)	Walter	Ob.Reg.Rat	Achterkamp 105
Jeske	Johann	Angestellter	Hansastr. 68
Neumann (Ratsherr)	Kurt	Angestellter	Heikendorfer Weg 43

Beschluß:

Nach Antrag

13. In den Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Kiel werden für 1958 als Beisitzer gewählt:

N a m e	Vorname	Beruf	Wohnung
Dr.Kasch (Ratsherr)	Wilhelm	wissenschaftl.Assistent,	Schwanenweg 10
Mätzsche,	Fritz	Oberstleutnant a.D.	Niebuhrstr. 26

Beschluß:

Nach Antrag

14. Aus dem Wirtschaftsausschuß scheidet aus:

das bürgerliche Mitglied
Herr Heinrich Bartkowski

Es wird neu gewählt:

Ob.Reg.Rat Professor Dr. Thiede, Klaus, Sternwartenweg 22

Beschluß:

Nach Antrag

15. Verschiedenes.

Tagung: 17.05

Vorsitzender: Stellv. Stadtpräsident Frau ...

Schriftführer:

Anwesende Stadträte: ...

Ratsherren: ...

Es fehlen entschuldigt:

... Dr. ...

Es fehlen unentschuldigt:

...

Ausschluss von ...

Anwesende des Magistrats:

Anwesende der Vers.

H. Linnert

Stadtpräsident

Hallwamm

Ratsherrin

Wegly, hal

Schriftführer

Stadt Kiel
Dr. Oberbürgermeister Kiel, den 18. Mai 57
- Hauptamt -
1) Widerspruch *nein*
2) U. *Hauptpr. Dr. Linnert*
Herrn ...
zurückgeandt.

Erklärung

hi

Kurznotiz

über die Sitzung der Ratsversammlung

am 13. Dezember 1957

Beginn: 17.05 Uhr Ende: 19.05 Uhr

Vorsitzender: Stellv. Stadtpräsident Frau Stadträtin Hinz

Schriftführer:

Anwesend: Stadträte: Bade, Frau Brodersen, ~~Hartmann~~, Frau Hinz, ~~Köster~~, Kowalewsky, Lühr, Dr. Meier-Bant, ~~Ritter~~, Schatz, Schubert

Ratsherren: Beth, ~~Book~~, Drews, Frau Franke, Frau Franzius, Frau Hansen, Hildebrand, Herbst, Dr. Kasch, Frau Kremer, Dr. Krieger, ~~Lüdemann~~, Lütgens, ~~Marth~~, Neumann, Nolte, ~~Pfaff~~, Ostrowicz, ~~Ratz~~, Renger, ~~Dr. Rüdell~~, Schröder, Frau Schröder, Sichelschmidt, Stams, Steinert, Thaddey, Frau Vormeyer, Frau Wallbraun, Dr. Wersin, Westphal, ~~Willumeit~~, Winkelmann, Stadtpräsident Dr. Sievers

Es fehlen entschuldigt: Stadtrat Hartmann, Stadtrat Köster, Stadtrat Ritter, Ratsherr Book, Ratsherr Marth, Ratsherr Pfaff, Ratsherr Ratz, Ratsherr Dr. Rüdell

Es fehlen unentschuldigt: Ratsherr Lüdemann, Ratsherr Willumeit

Ausschluß von Ratsherren wegen Befangenheit:

Anwesende des Magistrats: Oberbürgermeister Dr. Mithling, Bürgermeister Dr. Fuchs, Stadtbaurat Prof. Jensen, Stadtschulrat Dr. Hoffmann, Stadträte: Borchert, ~~Engert~~, Langbehn

Anwesende der Verwaltung: ~~Magistratsdirektor Koeppen~~, Magistratsyndikus v. Germar, Magistratsoberräte: ~~Gabriel, Dr. Kopp, Materne, Puls, Dr. Schröter, Dr. Willing, Mag. Räte: Dröpper, Müller, Stadtmedizinalrat Dr. Papenberg, Mag. Schulräte Dr. Schütze u. Meibohm, Mag. Baudirektoren Schroeder, Sauer, Willing, Mag. Ob. Bauräte: Dorow, Schnoor, Schulze, Mag. Baurat Becker, Direktor Voss, Referent Witte, Betr. Dir. Schulz, Intendant Dr. Meyer, Bürgermeister Ewers, Suchsdorf~~

4. Verschiedenes.

Über die Sitzung der Erziehungsausschüsse

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit werden vom ^{stellv.} Stadtpräsidenten die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse bekanntgegeben.

Anwesend: Stadtpräsident Dr. ...

Kling

Stadtpräsident

Hallbamm

Ratsherrin

Werkel

Schriftführer

Stadt Kiel, den 18. 11. 57

Vorsitzender:

Stadtpräsident

Vizepräsident

nein

Schriftführer:

Ratsherrin

Herrn ...

zurückgesandt

Schriftführergehilfe:

Stadtoberin

zurückgesandt.

Erziehung

hi

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung der Ratsversammlung am 13. Dezember 1957,
Rathaus, Ratssaal

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

Anwesend: Stadtpräsident Dr. Sievers

Stadträte: Bade, Frau Brodersen, Frau Hinz, Kowalewsky,
Lühr, Dr. Meier-Bant, Ritter, Schatz, Schubert

Ratsherren: Beth, Book, Drews, Frau Franke, Frau Franzius,
Frau Hansen, Herbst, Hildebrand, Dr. Kasch, Frau
Kremer, Dr. Krieger, Lütgens, Marth, Neumann,
Nolte, Ostrowicz, Renger, Frau Schröder, Schröder,
Sichelschmidt, Stams, Steinert, Thaddey, Frau
Vormeyer, Frau Wallbaum, Dr. Wersin, Westphal,
Winkelmann

Es fehlen entschuldigt: Stadträte Hartmann und Köster, Ratsherren
Pfaff, Ratz und Dr. Rüdel

Es fehlen unentschuldigt: Ratsherren Lüdemann und Willumeit

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats:

Oberbürgermeister Dr. Mühling, Bürgermeister Dr.
Fuchs, Stadtbaurat Prof. Jensen, Stadtschulrat Dr.
Hoffmann, Stadtrat Borchert, Stadtrat Langbehn bis
Punkt 3

Außerdem sind anwesend: Magistratssyndikus v. Germar, Magistrats-
direktor Koeppen, Magistratsbaudirektor Sauer, Ma-
gistratsoberbaurat Schulze, Magistratsoberräte Gabriel,
Dr. Kopp, Materne und Puls, Magistratsrat Müller,
Magistratsschulrat Meibohm, Magistratsbaurat Becker,
Referent Witte, Intendant Dr. Meyer zu Punkt 3

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Sievers

Schriftführer: Ratsherr Westphal

Schriftführergehilfe: Stadtoberinspektor Knuth

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. November 1957

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. November 1957 werden Bedenken nicht erhoben.

- 2a) Mitteilungen des Stadtpräsidenten

Keine Mitteilungen.

- 2b) Mitteilungen des Magistrats

Beihilfe für den Hilfsverein für die Opfer des Nationalsozialismus im Ausland e.V.

Den Mitgliedern der Ratsversammlung ist eine schriftliche geschäftliche Mitteilung des Fürsorgeamtes betr. Beihilfe für den Hilfsverein für die Opfer des Nationalsozialismus im Ausland e.V. auf den Tisch gelegt worden.

- / - Kenntnis genommen. Ein Abdruck der Mitteilung ist dieser Niederschrift beigefügt. -

- 3) Betrifft: Theaterhaushalt 1958

- Drs. 632 -

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Der vorgelegte Haushaltsplan für die Bühnen der Landeshauptstadt Kiel - Theater, Orchester und Förderung der Musikpflege - (Haushaltsabschnitt 33) für das Rechnungsjahr 1958 mit einem städtischen Gesamtzuschuß einschl. Zinsen- und Schuldendienst von 2.037.717,-- DM wird genehmigt.

Stadtschulrat Dr. Hoffmann erläutert die schriftliche Vorlage.

- / Ratsherr Dr. Kasch gibt für den Kieler Block eine Erklärung ab. Der Wortlaut der Erklärung ist dieser Niederschrift beigefügt.

- / Ratsherr Stams gibt die Stellungnahme der SPD-Fraktion bekannt. Der Wortlaut der Stellungnahme ist dieser Niederschrift beigefügt.

Beschluß: Nach Antrag.

- 4) Betrifft: Schulbauprogramm (Volks-, Hilfs- und Mittelschulen) für das Rechnungsjahr 1958 - Drs. 620 -

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Das im Schulbauprogramm 1958 vorgesehene Schulbauvorhaben in Pries-Friedrichsort wird als Anbau an der Fritz-Reuter-Schule durchgeführt.

Stadtschulrat Dr. Hoffmann erläutert die schriftliche Vorlage.

Stadtrat Kowalewsky nimmt für die SPD-Fraktion zu der Vorlage Stellung und stellt eingangs heraus, daß man bei der Betrachtungsweise von der gesamten Schulproblematik der Stadtteile Pries und Friedrichsort ausgehen muß. Er gibt einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung und die Schulverhältnisse im Stadtteil Pries-Friedrichsort. In dem Schuleinzugsgebiet ist die Bevölkerungszahl von 5.000 im Jahr 1922 bis heute auf 15.000 angewachsen. Im Jahr 1960/61 wird mit einer Bevölkerungszahl von 20.000 gerechnet. Dementsprechend werden auch die Schülerzahlen weiterhin ansteigen. Z. Zt. sind 43 Unterrichtsklassen in 28 Klassenräumen untergebracht. In den kommenden Jahren wird sich die Zahl der Unterrichtsklassen noch weiter vermehren und sicher 50 erreichen. Der vorgesehene Anbau an der Fritz-Reuter-Schule kann demnach nur eine Notlösung sein. Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß mit dem Schulunterricht eng verbunden auch der Turn- und Sportunterricht ist. Die z. Zt. benutzten 2 Sportplätze werden in Kürze nicht mehr zur Verfügung stehen. Seit mindestens 1 1/2 Jahren sind der Stadt die Wohnungsbauvorhaben in Pries und Friedrichsort bekannt. Es ist bedauerlich, daß nicht gleichzeitig mit dem Wohnungsbau auch Gelände für einen Schulbau zur Verfügung gestellt worden ist. Es muß erwartet werden, daß Schulamt, Stadtplanungsamt und Liegenschaftsamt künftig enger zusammenarbeiten und vorausschauend planen. Die Zeit der Behelfsmaßnahmen sollte für die Stadt, besonders auch für die Randgebiete, zu Ende sein. Die SPD ist bitter enttäuscht, daß durch den Anbau wieder eine Notlösung getroffen wird, für die Grundstücksschwierigkeiten die Ursache sein sollen. Sie kann der Vorlage heute nicht zustimmen und wird sich der Stimme enthalten.

Stadtrat Dr. Meier-Bant weist die Auffassung zurück, daß das vorgesehene Schulbauvorhaben in Pries-Friedrichsort eine Notlösung ist. Sprecher ist verwundert, daß die SPD der Vorlage heute nicht zustimmt, umso mehr, als ihre Vertreter im Magistrat der Vorlage einstimmig zugestimmt haben. Auch der Kieler Block will den weiteren Schulbau, zunächst aber den vorgesehenen Anbau. Sobald die Grundstücksverhältnisse geklärt sind, wird der Kieler Block alles tun, um die Schulverhältnisse in Friedrichsort zu verbessern.

Frau Stadträtin Brodersen meint, daß die Worte von Stadtrat Kowalewsky falsch verstanden worden sind. Nicht der Anbau als solcher, sondern die Gesamtlösung der Schulverhältnisse in Friedrichsort wird als Notlösung angesehen. Es ist der SPD bekannt, daß bei der Entwicklung des Wohnungsbau nicht immer daran gedacht worden ist, daß sich daraus auch Verpflichtungen für den Schulbau ergeben. Die Bereinigung der Schulnot in Pries-Friedrichsort darf nicht nur unter

den augenblicklichen Verhältnissen gesehen werden, vielmehr muß hier vorausschauend in die Zukunft geplant werden. Nur der Neubau einer Volks- und einer Mittelschule wird zu einer Bereinigung der Schulverhältnisse in Pries-Friedrichsort führen.

Ratsherr Dr. K a s c h vertritt die Ansicht, daß eine grundsätzliche Lösung nur in der Form erreicht werden kann, daß nach und nach die jetzigen Schulverhältnisse verbessert werden. Die heutige Vorlage soll der erste Schritt auf diesem Wege sein. Durch den Anbau wird die Fritz-Reuter-Schule erst eine komplette Schule. Es sind sich in diesem Hause doch wohl alle einig, daß die Schulraumsituation schwierig ist. Man sollte froh sein, wenn jetzt mit verhältnismäßig geringen Mitteln ein weiterer Schritt zur Gesamtlösung getan wird. Die SPD könne selbst dazu beitragen, daß die neue Schule bald entsteht, wenn sie nicht, wie es erst kürzlich geschehen ist, so intensiv für weniger vordringliche Projekte eintritt.

Stadtrat S c h u b e r t ist sehr überrascht durch die Erklärung, daß die SPD der Vorlage heute nicht zustimmen wird. Er stellt fest, daß die SPD im Magistrat einstimmig für die Vorlage gestimmt hat. SPD und Kieler Block waren sich im Magistrat einig, daß zunächst der Anbau vorgenommen werden sollte und daß dann die weiteren Schulbaumaßnahmen nachgeholt werden müßten. Die SPD sollte hier keine polemischen Äußerungen machen, um damit in der Öffentlichkeit einen ganz bestimmten Eindruck zu erreichen. Die Schulverwaltung hat ihrer Arbeit eine ganz klare Schulbauplanung zugrunde gelegt, die Hand in Hand mit der Stadtplanung geht. Dafür habe man dem Stadtschulrat und seinen Mitarbeitern zu danken.

Stadtrat S c h a t z weist zu dem Einwand, daß die SPD im Magistrat der Vorlage zugestimmt hat, darauf hin, daß jede Fraktion doch wohl bis zur Sitzung der Ratsversammlung in ihrer Meinung frei ist. Die SPD will durch ihr Votum ihr Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß es der Stadt trotz mehrjähriger Bemühungen bisher nicht gelungen ist, die Grundstücksflächen für einen Schulneubau bereitzustellen. Eine Notlösung hat es im übrigen immer an sich, daß sie die Gesamtlösung hinausschiebt.

Stadtrat K o w a l e w s k y erklärt, daß die Vertreter der SPD im Magistrat der Vorlage notgedrungen zugestimmt haben, weil mindestens noch 1 Jahr vergehen wird, ehe die Grundstücksfragen geklärt sind. Nach der Magistratssitzung sind in der SPD-Fraktion erneute Überlegungen angestellt worden und dabei wurde dann die Auffassung vertreten, daß die Gesamtschulbauproblematik in den Stadtteilen Pries und Friedrichsort gesehen werden müsse und daß ein Anbau nur eine Notlösung sein könne.

Ratsherr O s t r o w i c z bemerkt, daß sich die Lehrerschaft einmütig für die vorgesehene Lösung ausgesprochen hat.

Stadtschulrat Dr. H o f f m a n n führt aus, daß wohl alle in diesem Hause der Meinung sind, daß in der Endlösung in Pries-Friedrichsort ein Schulneubau

entstehen muß. Die jetzigen Schulverhältnisse sind unzulänglich und müssen verbessert werden. Wenn der Anbau nicht errichtet wird, stehen 200 - 250 Kinder ohne Klassenraum da. Das Schul- und Kulturamt wird unverzüglich zusammen mit dem Stadtplanungsamt die Planung für eine Endlösung der Schulverhältnisse in Pries-Friedrichsort aufnehmen. Sprecher bittet die SPD-Fraktion, ihre Haltung zu überprüfen, da die Gefahr besteht, daß sich auch der Kieler Block der Stimme enthält.

Auf Bitte von Stadtrat **S c h a t z** wird die Sitzung von 16.30 Uhr - 16.40 Uhr unterbrochen. Die SPD-Fraktion zieht sich zur Beratung zurück.

Frau Stadträtin **B r o d e r s e n** erklärt, daß die SPD nach nochmaliger Beratung bereit ist, der Vorlage zuzustimmen, nachdem der Stadtschulrat soeben erklärt hat, daß unverzüglich mit der Planung für die Endlösung der Schulverhältnisse in Pries-Friedrichsort begonnen wird. Es genügt aber nicht, daß nur das Schulamt tätig wird. Auch die anderen beteiligten Ämter müssen mitwirken, insbesondere muß das Liegenschaftsamt die Grundstücksfragen rechtzeitig klären. Die gleichen Grundstücksschwierigkeiten wie hier haben sich im übrigen auch kürzlich bei dem Schulbau in Neumühlen-Dietrichsdorf ergeben.

Beschluß: Nach Antrag.

- 5) Betrifft: Wiederaufbau der Hebbelschule, II. Bauabschnitt - Nachforderung -
Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 635 -
Antrag: Von den bei V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 82.000, -- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 231/1232 - Wiederaufbau der Hebbelschule, II. Bauabschnitt, 2. Rate - Baukosten, bereitgestellt.

Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - 1957 -	28.700, -- DM
Kommunaldarlehen	53.300, -- DM
	<u>82.000, -- DM</u>
	=====

Beschluß: Nach Antrag.

- 6) Betrifft: Namensgebung für die Mittelschule Elmschenhagen - Drs. 636 -
Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann
Antrag: Auf Vorschlag des Lehrerkollegiums und der Leitung der Hermann-Löns-Mittelschule erhält die Schule den Namen Freiherr-vom-Stein-Schule - Mittelschule in Kiel-E'hagen.

Beschluß: Nach Antrag.

7) Betrifft: Versorgungsheim Gettorf

- Drs. 621 -

- Die Vorlage wird zurückgezogen -

8) Betrifft: Bau eines Regenwasservorflutkanals zur Kopperpähler Au - Drs. 637 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen

Antrag: Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle V 7021/1621 "Regenwasservorflutkanal zur Kopperpähler Au für das Baugebiet der Elac" werden außerplanmäßig 45.000, -- DM bereitgestellt. Die außerplanmäßige Ausgabe ist in den Nachtragshaushaltsplan für 1957 einzubeziehen. Mit den Arbeiten kann bereits vor Verabschiedung des Nachtragshaushalts begonnen werden.

Beschluß: Nach Antrag.

9) Betrifft: Wahlzeit der Mitglieder von Beiräten usw.

- Drs. 638 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: I. Die Wahlzeit der folgenden Mitglieder von Beiräten usw. ist die Wahlzeit der Ratsversammlung:

1. der Schlichter der Vertriebenen-Schlichtungsstelle,
 2. die Mitglieder des Beirates für das Jugendaufbauwerk, welche die Ratsversammlung wählt,
 3. die Mitglieder des Beirates für Stadtgestaltung, abgesehen vom Stadtbaurat,
 4. der Vorsitzende und die Beisitzer der Spruchstelle für Wohnungssachen,
 5. die Mitglieder des Beirates bei der Kreislandwirtschaftsbehörde, welche die Ratsversammlung wählt
- und ihre Stellvertreter.

II. Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel sind bei nächster Gelegenheit entsprechend zu ändern.

III. Der Beschluß bezieht sich auch auf die gegenwärtigen Stelleninhaber.

Beschluß: Nach Antrag.

10) Betrifft: Beirat für Schlachthofbetriebe - Drs. 639 -
Berichterstatter: Oberbürgermeister
Antrag: Die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel vom 20. April 1950 erhalten folgenden neuen § 39 a:
 Siehe Anlage.

Beschluß: Nach Antrag.

11) Betrifft: Bestellung von Prüfern für das Rechnungsprüfungsamt durch die Ratsversammlung nach § 115 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein - Drs. 629 -

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: Die Dienstkräfte

1. Stadtoberinspektor Kurt Berger,
geb. am 22.6.1913,
2. Stadtoberinspektor Hans-Herbert Doose,
geb. am 31.5.1913,
3. Stadtoberbauinspektor Heinrich Steen,
geb. am 10.12.1909,
4. Stadtoberinspektor Johannes Würdemann,
geb. am 20.7.1904,
5. Stadtangestellter Friedrich Köhler-Franke,
geb. am 29.6.1909,
6. Stadtangestellter Siegfried Weiße,
geb. am 25.3.1923,

werden als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes nach § 115 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein bestellt.

Beschluß: Nach Antrag.

12) Betrifft: Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Musterungsausschuß beim Kreiswehrrersatzamt Kiel - Drs. 630 -

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: In den Musterungsausschuß beim Kreiswehrrersatzamt Kiel werden für 1958 als Beisitzer gewählt:

Lfd. Nr.	N a m e	Vorname	Beruf	Wohnung
----------	---------	---------	-------	---------

1.

- 2. _____
- 3. _____
- 4. _____
- 5. _____
- 6. _____

Beschluß: Es werden gewählt:

- 1. Stephan, Reinhold, Kriminalbeamter a. D., Arkonastraße 4
- 2. Hagen, Kurt, Polizeibeamter z. W., Wrangelstraße 50
- 3. Köberle, Klaus, Angestellter, Graf-Spee-Straße 41
- 4. Ratsherr Stams, Walter, Ob. Reg. Rat, Achterkamp 105
- 5. Jeske, Johann, Angestellter, Hansastraße 68
- 6. Ratsherr Neumann, Kurt, Angestellter, Heikendorfer Weg 43

13) Betrifft: Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Kiel

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

- Drs. 631 -

Antrag: In den Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Kiel werden für 1958 als Beisitzer gewählt:

Lfd. Nr.	N a m e	Vorname	Beruf	Wohnung
1.				
2.				

Beschluß: Es werden gewählt:

- 1. Ratsherr Dr. Kasch, Wilhelm, wissenschaftl. Assistent, Schwanenweg 10
- 2. Mätzschke, Fritz, Oberstleutnant a. D., Niebuhrstraße 26

14) Betrifft: Umbesetzung des Wirtschaftsausschusses

- Drs. 610 -

Berichterstatter: Stadtpräsident Dr. Sievers

Antrag: Aus dem Wirtschaftsausschuß scheidet aus:

das bürgerliche Mitglied
Herr Heinrich Bartkowski

Es wird neu gewählt:

Beschluß: Nach Antrag.

Es wird neu gewählt:

Oberregierungsrat Prof. Dr. Klaus Thiede, Sternwartenweg 22

15) Verschiedenes

a) Diskussionsbeiträge ohne Manuskript

Stadtrat S c h u b e r t beantragt, den Ältestenrat zu bitten, sich einmal mit der Frage zu befassen, daß in Zukunft die Diskussionsbeiträge frei gehalten und nicht von einem fertigen Manuskript abgelesen werden. Ausnahmen könnten nur für die Dezernenten der größeren Dezernate gelten.

Beschluß: Die Angelegenheit wird an den Ältestenrat verwiesen.

b) Schulhof der Hasseer Schule

Ratsherr M a r t h führt aus, daß den Ratsherren vom Elternbeirat der Hasseer Volksschule ein Schreiben zugegangen ist, nach dem nach einer Auskunft des Liegenschaftsamtes die Grundstücksankäufe für die Erweiterung des Schulhofes gescheitert sind. Der Schulhof ist durch die Verbreiterung der Rendsburger Landstraße sowie eines Weges soweit verkleinert, daß er nicht mehr ausreicht. Sprecher fragt den Stadtbaurat und den Bürgermeister, welche Lösung beabsichtigt ist.

Beschluß: Die Angelegenheit wird an das Stadtplanungsamt und an das Liegenschaftsamtsamt verwiesen, die in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung Auskunft geben sollen.

c) Einweihung der Umkleideräume auf dem Nordmark-Sportfeld

Ratsherr Dr. K a s c h weist darauf hin, daß am 1. Adventssonntag morgens um 9.30 Uhr, also während der Kirchzeit, die Umkleideräume auf dem Nordmark-Sportfeld eingeweiht worden sind. Er bittet um Auskunft, warum dieser Termin gewählt worden ist.

Beschluß: Die Angelegenheit wird an das Sportamt verwiesen, das in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung Auskunft geben soll.

d) Kieler Verkehrs AG/früherer Direktor Fischer

Ratsherr B e t h bittet den Bürgermeister als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Kieler Verkehrs AG um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Schwebt zwischen der KVAG und Herrn Fischer ein Rechtsstreit? 2. Wie hoch ist der Streitwert eines etwaigen Rechtsstreites? 3. Welche Beträge sind seitens der KVAG an Herrn Fischer in der Zeit zwischen seiner Suspension und seiner endgültigen Suspension gezahlt worden? 4. Welche Zeit ist zwischen der Aufdeckung der Aktientransaktionen des Herrn Fischer und seiner Suspension verstrichen?

Beschluß: Die Auskunft wird vom Bürgermeister in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung gegeben werden.

e) Straßenpflasterung in Kiel-Süd

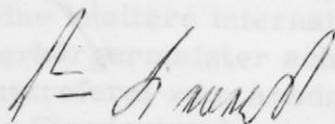
Ratsherr O s t r o w i c z weist darauf hin, daß im Stadtteil Kiel-Süd vor Jahren eine Reihe von Straßen asphaltiert worden ist. Später wurden die Straßen dann wieder aufgerissen und z. T. mit Kopfsteinen repariert.

Beschluß: Das Tiefbauamt wird die Angelegenheit prüfen und in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung Auskunft geben.

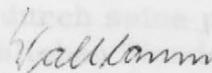
- - - - -

S t a d t p r ä s i d e n t dankt zum Jahresschluß allen Mitgliedern der Ratsversammlung für die gemeinsame Arbeit und verbindet diesen Dank mit besten Weihnachts- und Neujahrswünschen.

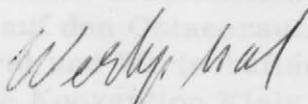
Die Stadträte S c h u b e r t und S c h a t z erwidern diese Wünsche namens ihrer Fraktion, erweitern sie auch auf den Magistrat und die Verwaltung und danken der Verwaltung für die geleistete gute Arbeit des vergangenen Jahres.



Stadtpräsident



Ratsherrin



Ratsherr
(Schriftführer)



Städtischer Rat der Stadt Kiel

Der Oberbürgermeister Kiel, den 21. Febr. 1957

1) Widerspruch

2) U. Herrn Stadtm. zurückgezogen. dt. *Präsidenten U. H. H. H.*

W. H. H.

Beachtung: Die Anbahnung wird vom Bürgermeister in der nächsten Sitzung der Ratversammlung gegeben werden.

Städtischer Rat der Stadt Kiel

Beachtung: Das Tiefbauamt wird die Angelegenheit prüfen und in der nächsten Sitzung der Ratversammlung Auskunft geben.

Die Stadträte Schuber und Schütz erwidern diese Wünsche namens ihrer Fraktion, erweitern sie auch auf den Magistrat und die Verwaltung und danken der Verwaltung für die geleistete gute Arbeit des vergangenen Jahres.

[Handwritten signatures and names]
Stadträte
Ratsherr
(Schriftführer)

4) Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Nachdem die Öffentlichkeit wiederhergestellt ist, gibt der stellvertretende Stadtpräsident die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse bekannt.

Hinz

Stellv. Stadtpräsident

Hallbom

Ratsherrin

Wolff

Ratsherr
(Schriftführer)

Stadt Kiel
Kiel, den 21. 11. 57

Herrn Stadtm. *Herrn Dr. Fuchs*
zurückgesandt.

Fuchs

h

1) Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 13. Dezember 1957 erhält das Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

2) Auszüge erhalten:

Von Punkt	2b	der Niederschrift:	Fürsorgeamt z. K.
" "	3	" "	a) Theateramt z. K. u. w. V. b) 2 x Kämmereiamt z. K. c) Rechnungsprüfungsamt z. K.
" "	4	" "	a) Schul- und Kulturamt z. K. u. w. V. b) Stadtplanungsamt z. K. c) Liegenschaftsamt z. K. d) Rechnungsprüfungsamt z. K. e) Kämmereiamt z. K.
" "	5	" "	a) Schul- und Kulturamt z. K. u. w. V. b) 2 x Kämmereiamt z. K. c) Rechnungsprüfungsamt z. K. d) Hochbauamt z. K.
" "	6	" "	Schul- und Kulturamt z. K. u. w. V.
" "	7	" "	Fürsorgeamt z. K.
" "	8	" "	a) Tiefbauamt z. K. u. w. V. b) 2 x Kämmereiamt z. K. c) Rechnungsprüfungsamt z. K.
" "	9	" "	a) Rechtsamt z. K. u. w. V. b) Hauptamt 00.0 z. K.
" "	10	" "	a) Schlachthofverwaltung z. K. u. w. V. b) Rechtsamt z. K. u. w. V. c) Hauptamt 00.0 z. K.
" "	11	" "	a) Personalamt z. K. u. w. V. b) Rechnungsprüfungsamt z. K.
" "	12	" "	Einwohnermeldeamt z. K. u. w. V.
" "	13	" "	Einwohnermeldeamt z. K. u. w. V.
" "	14	" "	a) Amt für Wirtschaftsförderung z. K. b) Hauptamt 00.0 z. K. u. w. V. (Rundver- fügung)
" "	15b	" "	a) Stadtplanungsamt z. K. u. w. V. b) Liegenschaftsamt z. K. u. w. V. c) Schul- und Kulturamt z. K.
" "	15c	" "	Sportamt z. K. u. w. V.
" "	15d	" "	Herr Bürgermeister Dr. Fuchs z. K. und mit der Bitte um weitere Veranlassung.
" "	15e	" "	Tiefbauamt z. K. u. w. V.

Nichtöffentliche Sitzung

- Von Punkt 1 der Niederschrift: 4 x Presseamt - Kieler Woche - z. K. u. w. V.
- " " 2 " " : a) Liegenschaftsamt z. K. u. w. V.
b) Kämmereiamt z. K.
c) Rechnungsprüfungsamt z. K.
- " " 3 " " a) Liegenschaftsamt z. K. u. w. V.
b) Kämmereiamt z. K.
c) Rechnungsprüfungsamt z. K.

30.
Kuntz

A m t

Betrifft:

Unterschrift - Datum -

Punkt: 8-15e-

Zinsamt

Gruke 29/12

Punkt: 9-10-

Rechtsamt

Paulsen 20/12

Punkt: 10

Schlachthofverwaltung

Lienersen 21.12.57

Punkt: 11

Personalamt

Joch 20.12.57

Punkt: 12-13

Einwohnermeldeamt

Günther-Belhof 20/12

Punkt: 14

Aut. f. Wirtschaftsförd.

U. Moring 20/12

Punkt: 15c

Postamt

Buzemann 20/12 57

Punkt: 15d

Bürgermeister Dr. Fuchs

Fuchs 20/12.57

Punkt: Nichtöffentl. Sitz: 1

Proseant - Kinder Wohlf.

Jelesen

Punkt: